



Wortprotokoll

der 138. Sitzung vom 5. Juli 1977

Resoconto integrale

della seduta n. 138 del 5 luglio 1977

VII. Legislatur
VII Legislatura
1973 - 1978

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 138. SITZUNG
5.7.1977

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 228/77: "Ta-
riffe elettriche". pag. 4

Disegno di legge provinciale n. 226/77: "Isti-
tuzione di istituti per l'educazione mu-
sicale in lingua tedesca e ladina e in
lingua italiana (Discussione generale). .
. pag. 25

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 228/77: "Stromtarife".
. Seite 4

Landesgesetzentwurf Nr. 226/77: "Errichtung
von Instituten für Musikerziehung in
deutscher und ladinischer Sprache und in
italienischer Sprache" (Generaldebatte).
. Seite 26

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. Prof. DECIO MOLIGNONI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.45 UHR
(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Prego dare lettura dei verbali della 136. e 137. seduta.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): (Verliest die Sitzungsprotokolle - legge i processi verbali)

PRESIDENTE: Osservazioni ai verbali? Nessuna. I verbali sono approvati.

Comunicazioni della Presidenza:

Ha giustificato la propria assenza il consigliere Marcon.

Dó ora l'ordine dei lavori per questa e la prossima settimana, conclusiva della sessione estiva. Oggi si lavora solo mezza giornata; domani tutta la giornata. La prossima settimana si lavora tutto il giorno martedì, mercoledì, giovedì e venerdì. Senza avanzare ora pretese per eventuali sedute notturne, se l'ordine del giorno non fosse concluso, si prenderà in considerazione anche questa idea. Debbo precisare che tutti i giorni, a partire da domattina, dedicherò la prima mezz'ora della seduta per le interrogazioni e interpellanze, che voglio esaurire per non portarle ad autunno.

Consegneremo a tutti i signori Assessori il quadro delle interpellanze giacenti ed insisto perché vengano date con la massima sollecitudine le risposte scritte e che siano poi presenti per la discussione orale delle rispettive interrogazioni ed interpellanze.

Passiamo alla trattazione dell'ordine del giorno; debbo comunicare che il primo punto all'ordine del giorno, riguardante l'ordinamento interno del Consiglio provinciale, deve essere rinviato all'ultimo punto all'ordine del giorno della sessione estiva, come deciso in sede di riunione del capigruppo, nella prospettiva di arrivare a concludere anche il regolamento. Quindi, passiamo al punto 2) all'ordine del giorno.

La parola al dottor Müller, che l'ha chiesta.

MÜLLER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, darf ich Sie ersuchen, den Punkt 5, der heutigen Tagsordnung, Landesgesetzentwurf Nr. 228/77: "Stromtarife" als ersten Punkt zu behandeln, und als zweiten den vierten Punkt der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 226077: "Errichtung von

Instituten für Musikerziehung in deutscher und ladinischer Sprache und in italienischer Sprache", weil einerseits Assessor Benedikter, wegen der Zwölfer-Kommission morgen nicht mehr da sein kann, und auch Assessor Zelger morgen abwesend ist.

PRESIDENTE: Ci sono obiezioni per l'anticipazione dei punti 5) e 4) all'ordine del giorno? Nessuna. Proseguiamo allora con quest'ordine dei lavori.

Punto 5) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 288/77: **"Tariffe elettriche"**.

Punkt 5 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 228/77: **"Stromtarife"**.

La parola alla Giunta per la lettura della relazione.

BENEDIKTER (Assessor für Raumordnung, Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Hinsichtlich der Energiepreise in unserer Provinz gab es bisher zahlreiche Unsicherheiten. Aufgrund der Art. 12, 13 und 14 des Statutes war die Landesverwaltung stets der Auffassung, die Erzeugung und Verteilung von Elektroenergie im Landesgebiet folge einem eigenen System, das mit dem im übrigen Staatsgebiet angewandten System zwar koordiniert, juristisch jedoch davon getrennt ist.

Mit der Regelung des lokalen Systems ist die Landesverwaltung betraut, und sie hat sich an die in den Statutsbestimmungen berücksichtigten Grundsätze und Grenzen zu halten.

Aufgrund dieser Voraussetzungen hat die Landesverwaltung dagegen Einspruch erhoben, daß das interministerielle Preiskomitee die Tarife für Elektroenergie unter Bezugnahme auf das Landesgebiet festlegen sowie von den lokalen Unternehmen und Abnehmern einen Aufpreis verlangen konnte, dessen Zahlung zugunsten von Unternehmen auferlegt wurde, die außerhalb des Landesgebietes mit thermoelektrischen Anlagen Energie erzeugen: die mit den genannten Begründungen eingereichte Berufung gegen die Maßnahme des interministeriellen Preiskomitees Nr. 34/1974 wurde vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil Nr. 217/1976 angenommen.

Infolge eines Streites zwischen der Ausgleichskasse und den Körperschaften und Betrieben des Landes hinsichtlich der Zahlung des mit einer darauffolgenden Maßnahme des interministeriellen Preiskomitees geforderten Aufpreises, hat der Verfassungsgerichtshof mit Verordnung Nr. 50 vom 25.3.1977, aufgrund der vom Staat eingelegten Berufung die Verordnung des Landeshauptmannes Nr. 62 vom 28/12/1976 ausgesetzt, mit welcher dieses Sachgebiet, entsprechend den oben erläuterten Grundsätzen geregelt werden sollte.

Im Gesetzesanzeiger Nr. 146 vom 31/5/1977 wurde die VOST.Präs. Nr. 235 vom 26/3/1977 veröffentlicht, welche die Durchführungsbestimmungen zum Son-

derstatut der Region Trentino-Südtirol auf dem Sachgebiet der Erzeugung und Verteilung von hydroelektrischer Energie beinhaltet. Mit dieser Bestimmung wird diese Angelegenheit endgültig entsprechend den Bestrebungen der Landesverwaltung geklärt.

Die Durchführungsbestimmungen bestätigen die Trennung zwischen dem in unserer Provinz angewandten System der Elektroenergieerzeugung und -verteilung und dem im übrigen Staatsgebiet gültigen System (wobei die Koordinierung natürlich nicht ausgeschlossen, sondern im Gegenteil vorausgesetzt wird).

Vorgesehen ist: daß ein mit Landesgesetz zu genehmigendes Verteilungsprogramm erstellt wird; daß die Tätigkeit des ENEL im Landesbereich eingestellt wird, mit Ausnahme der Energieerzeugung aus Großableitungen, die 52,5% der gesamten örtlichen Energieerzeugung ausmacht, von welcher 40% aus der Provinz exportiert werden; daß der Bedarf unserer Provinz mittels möglichst rationeller Nutzung der dem Land und den örtlichen Körperschaften gemäß Art. 13 des Statutes und den entsprechenden Durchführungsverordnungen zugesprochenen lokalen Energiequellen gedeckt wird; die Koordinierung erfolgt im Landesbereich über einen Sonderbetrieb des Landes; die Koordinierung der gesamtstaatlichen Erfordernisse mit jenen des Landes wird einem eigenen, beim Regierungskommissariat eingesetzten Beirat übertragen; dieser Beirat regelt den Austausch und bestimmt die technischen und wirtschaftlichen Bedingungen, weshalb die vom interministeriellen Preiskomitee gemäß Punkt 3 des Art. 10 der VOST.Präs.Nr. 342 festgesetzten Richtpreise nicht angewandt werden.

Der Art. 11 erkennt dem Land ausdrücklich Gesetzesbefugnis zur Regelung des Energieerzeugungs- und Energieverteilungsdienstes zu, wobei nur die vom Statut und von den Durchführungsbestimmungen nicht geänderten Obliegenheiten des ENEL bestehen bleiben; der Art. 15 der Durchführungsbestimmungen legt konsequent fest, daß im Gebiet der Provinzen Trient und Bozen die mit den Durchführungsbestimmungen unvereinbaren Gesetzesbestimmungen nicht angewandt werden.

Der vorliegende Gesetzentwurf zieht die Konsequenzen aus all diesen Bestimmungen. Es werden die Kriterien zur Festlegung der Tarife im Landesbereich bestimmt, wobei die gegenwärtig gültigen Tarife übernommen werden und verfügt wird, daß diese künftig proportional zu den an den Tarifen des interministeriellen Preiskomitees vorgenommenen Änderungen abgeändert werden.

Der Betrag, welcher nach Abzug der für einige Abnehmerkategorien unserer Provinz verfügbaren Ermäßigungen gemäß den Tarifen des interministeriellen Preiskomitees als Thermozuschlag eingetrieben wird, fließt dem Fond für die Elektrifizierung in Berggebieten zu.

Nach den von der Generaldirektion des ENEL am 28/2/1977 übermittelten Angaben ist das Defizit des ENEL von Bozen in Höhe von rund 10 Milliarden Lire jährlich vor allem darauf zurückzuführen, daß diese Körperschaft fast ausschließlich schwach besiedelte Berggebiete versorgt.

Die Landesverwaltung glaubt, dieses Defizit durch die Eingliederung

der 14 gegenwärtig vom ENEL versorgten peripheren Zonen in das vorgesehene Verbundnetz des Landes sowie durch das Programm für Energieaustausch zu wirtschaftlichen Bedingungen vor allem mit dem ENEL wesentlich zu vermindern, unter Berücksichtigung der Eigenschaften der Energie, die unter Punkt 3 des dritten Absatzes des Art. 9 der VOSt.Präs.Nr. 235 vom 26/3/1977 vorgesehen, laut welchem die bescheidenen Menge an hochwertiger Energie, die dem Landesversorgungssystem zur Verfügung steht, für vom ENEL gelieferte Grundlastenergie ausgetauscht würde, und zwar in dem auf dem europäischen Markt gültigen Verhältnis 4:1. Trotzdem wird das Land gezwungen sein, in einer ersten Phase den aufgrund des Art. 13 des Statutes und aufgrund des Art. 8 der VOSt.Präs Nr. 235 vom 26/3/1977 vom Landeskonsortium des Wassereinzugsgebietes, der Etsch von den Energieerzeugern beziehbaren Strom zu opfern, der auf lange Sicht die Entwicklung der Elektrifizierung steigern würde.

Es ist zu beachten, daß trotz des hohen hydroelektrischen Nutzungsgrades von 83% (Projekte, die nach dem heutigen Stand wirtschaftlich realisierbar sind) der Normalverbrauch in unserer Provinz pro Kopf rund 1900 Kwh beträgt, gegenüber einem gesamtstaatlichen Durchschnitt von 2400 Kwh und von 4500 Kwh in Österreich und daß bei einer Bruttogesamtproduktion von 12400 Kwh pro Kopf 1/5 der Bevölkerung, in kleinen Siedlungen oder in abgelegenen Häusern wohnend, noch nicht ausreichend mit Strom versorgt wird.

Signori consiglieri, la materia dei prezzi dell'energia nell'ambito provinciale ha dato luogo sin qui a molteplici incertezze. Sulla base degli artt. 12, 13 e 14 dello Statuto la Provincia ha costantemente ritenuto che la produzione e la distribuzione dell'energia elettrica nell'ambito del territorio provinciale formasse sistema a sè, certamente coordinato, ma giuridicamente separato dal sistema applicato nel rimanente territorio nazionale.

La disciplina del sistema locale è affidata alla Provincia, la quale deve attenersi ai criteri ed ai limiti contemplati dalle norme statutarie. Fondandosi su tali premesse, la Provincia ha contestato che il CIP potesse determinare le tariffe dell'energia con riferimento al territorio provinciale ed assoggettare le imprese e le utenze locali ad un sovrapprezzo imposto in favore di imprese che, fuori del territorio provinciale, producano energia con impianti termoelettrici: il ricorso avverso il provvedimento CIP n. 34/1974, fondato su tali motivi, è stato accolto dalla Corte Costituzionale con la sent. 1976, n. 217.

Successivamente, tuttavia, essendo sorta controversia tra la Cassa conguaglio e gli enti e le aziende provinciali in merito al pagamento del sovrapprezzo termico imposto con successivo provvedimento CIP, la Corte costituzionale, con ordinanza 25 marzo 1977, n. 50, ha sospeso, su ricorso dello Stato, il decreto del Presidente della Giunta provinciale 28 dicembre 1976, n. 62, diretto a disciplinare la materia in conformità dei principi suesposti.

E' stato ora pubblicato sulla G.U. del 31.5.1977, n. 146, il D.P.R. 26 marzo 1977, n. 235, contenente le norme di attuazione dello Statuto speciale della regione Trentino-Alto Adige in materia di produzione e distribuzione

di energia idroelettrica. Con questa disposizione la materia viene definitivamente chiarita in senso conforme alle aspirazioni della Provincia.

Le norme di attuazione confermano la separazione (che ovviamente non esclude, ed anzi presuppone il coordinamento) tra il sistema provinciale di produzione e distribuzione dell'energia elettrica e quello nazionale.

Esse prevedono: che venga redatto un piano della distribuzione da approvarsi con legge provinciale; che cessi, nell'ambito della Provincia, l'attività dell'ENEL, salvo che per la produzione da grandi derivazioni ammontante al 52,5% di tutta la produzione locale della quale il 40% viene esportato fuori provincia, che al fabbisogno territoriale venga provveduto con la più razionale utilizzazione delle risorse locali attribuite alla Provincia e agli enti locali ai sensi dell'art. 13 dello Statuto e relative norme di attuazione, il coordinamento, nell'ambito provinciale, è attuato mediante un'azienda speciale provinciale; il coordinamento delle esigenze nazionali e provinciali è affidato ad un apposito Comitato costituito presso il Commissario del Governo; il Comitato disciplina l'interscambio e ne determina anche le condizioni tecniche ed economiche, per cui non si applicano le tariffe-limite stabilite dal CIP a norma del numero tre dell'art. 10 del DPR n. 342. L'art. 11 delle norme di attuazione riconosce espressamente alla Provincia la potestà legislativa per la disciplina del servizio di produzione e distribuzione dell'energia, fermo restando soltanto le attribuzioni dell'ENEL non modificato dallo Statuto e dalle norme di attuazione; l'art. 15 delle norme di attuazione precisa coerentemente che non si applicano nel territorio delle province di Trento e di Bolzano le disposizioni di legge incompatibili con quanto disposto dalle stesse norme di attuazione.

Il disegno di legge che viene proposto trae le conseguenze di queste premesse normative. Esso determina i criteri per la determinazione delle tariffe nell'ambito provinciale, recependo le tariffe attualmente in vigore e disponendo che esse siano variate in futuro in proporzione alle modifiche che saranno apportate alle tariffe CIP.

La quota che, dedotte le riduzioni disposte per alcune categorie di utenze provinciali, sarebbe imputabile, secondo le tariffe CIP, al sovrapprezzo termico, viene destinata al fondo per la elettrificazione delle zone montane.

Secondo dati forniti il 28 febbraio 1977 dalla direzione generale dell'ENEL, la zona ENEL di Bolzano sarebbe deficitaria per una diecina di miliardi all'anno soprattutto perchè comprende quasi esclusivamente zone montane scarsamente abitate.

La Provincia ritiene poter ridurre sostanzialmente tale deficit con l'integrazione delle 14 zone periferiche dell'ENEL nella prevista interconnessione provinciale delle reti elettriche e mediante il programma di interscambio a condizioni economiche, tenuto conto delle caratteristiche dell'energia, come previsto dal numero tre del terzo comma dell'art. 9 del D.P.R. 26 marzo 1977, n. 235, soprattutto con l'ENEL, in base al quale la modesta quantità di energia pregiata a disposizione del sistema provinciale verrebbe scambiata con l'energia di base, fornita dall'ENEL nella relazione in atto

nel mercato europeo di 4 ad 1. Ciò nonostante la Provincia sarà costretta a sacrificare, in una prima fase, le risorse acquisibili alla gestione idroelettrica in base all'art. 13 dello Statuto e dal consorzio provinciale del bacino imbrifero dell'Adige, in base all'art. 8 del D.P.R. n. 235, le quali a lungo termine dovrebbero ampliare la modesta base produttiva per lo sviluppo dell'elettrificazione.

Si tenga presente che, nonostante l'altissimo grado di sfruttamento idroelettrico dell'83% (progetti economicamente realizzabili allo stato attuale), il consumo civile pro capite in provincia raggiunge circa 1900 Kwh, di fronte alla media italiana di 2400 Kwh ed alla media austriaca di 4500 Kwh e che, di fronte alla produzione totale lorda pro capite di 12.400 Kwh, un quinto della popolazione, vivente in nuclei o case sparse, non è ancora sufficientemente approvvigionato di energia elettrica.

PRESIDENTE: La parola alla seconda Commissione legislativa per la lettura della relazione.

NICOLODI (PSI): La seconda Commissione legislativa si è riunita il giorno 22 giugno 1977 per esaminare il disegno di legge provinciale n. 288/77: "Tariffe elettriche".

L'Assessore competente, Sepp Mayr, ha illustrato le motivazioni che hanno indotto la Giunta provinciale a deliberare questo provvedimento legislativo, che ricalca in gran parte il D.P.R. 26.3.1977, n. 235. Egli ha fatto un quadro della situazione tariffaria elettrica nella nostra provincia ed in particolare sui sovrapprezzi termici per l'illuminazione pubblica, la piccola industria, i trasporti funiviari e l'uso domestico. L'Assessore ha fatto pure presente che qualora questo disegno di legge non dovesse ottenere il visto governativo, la Giunta provinciale si vedrà costretta ad insistere sulla sua iniziativa, anche a costo di andare alla Corte Costituzionale.

La Commissione ha quindi approvato a maggioranza con un'astensione alcuni emendamenti, che si riproducono sul retro, e i singoli articoli.

Il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato a maggioranza con un'astensione.

Die zweite Gesetzgebungskommission ist am 22. Juni 1977 zwecks Beratung des Landesgesetzentwurfes Nr. 228/77: "Stromtarife" zusammengetreten.

Der zuständige Landesrat, Sepp Mayr erläuterte, was die Landesregierung dazu bewogen hat, diesen Gesetzentwurf zu beschließen, der größtenteils die VO Strprä. Nr. 235 vom 26.2.1977 rezipiert. Der Landesrat gab sodann einen Überblick über die Situation hinsichtlich der Stromtarife in unserer Provinz und insbesondere über den Thermozuschlag für öffentliche Beleuchtung, keine Industriebetriebe, Seilbahnanlagen und Haushaltsgebrauch. Überdies verwies er darauf, daß die Landesregierung, sollte dieser Gesetzentwurf den Sichtvermerk der Regierung nicht erhalten, sich gezwungen sehen wird, auf dieser Gesetzesinitiative zu beharren und nötigenfalls ein Verfahren beim Verfassungsgerichtshof anzustrengen.

Die Kommission genehmigte sodann stimmenmehrheitlich bei einer Enthaltung einige umseitig wiedergegeben Änderungen sowie die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes.

Der Gesetzentwurf wurde gesamtinhaltlich stimmenmehrheitlich bei einer Enthaltung genehmigt.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Nessuno. La discussione generale è chiusa. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 1

L'art. 7 della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, modificata con legge provinciale 21 gennaio 1975, n. 10, è sostituito dal seguente:

A decorrere dall'1 luglio 1977 per le seguenti categorie di utenza:

- a) per gli usi di forza motrice di cui al cap. V/A/1 fino a 10 Kw di potenza impegnata, per gli usi agricoli di cui al cap. V/A/5 e per gli usi dei consorzi di bonifica e miglioramento fondiario di cui al cap. V/A/6 del provvedimento C.I.P. n. 941 del 29 agosto 1961;
- b) uso di piccole e medie industrie, esclusi gli autoproduttori, quando il consumo di energia incide in percentuale rilevante, da definirsi nel regolamento, sul prezzo del prodotto finito.

L'applicazione della tariffa ridotta è subordinata all'osservanza da parte del responsabile dell'industria della precedenza nell'assunzione di personale dei cittadini residenti, ai sensi dell'art. 7 della legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1, delle prescrizioni per la prevenzione dell'inquinamento dell'aria, dell'acqua e del suolo, dei contratti di lavoro più favorevoli per i dipendenti, delle norme dello Statuto dei lavoratori e di tutela della salute e dell'integrità fisica dei lavoratori, nonché dell'impegno di consentire continui controlli da parte dell'Amministrazione provinciale sull'osservanza medesima;

- c) per l'uso di illuminazione pubblica di cui al cap. 1 del provvedimento C.I.P. n. 941 del 29 agosto 1961, esclusi i territori dei comuni di Bolzano e Merano;
- d) per l'uso di forza motrice per l'esercizio di funivie bifuni e di funivie monofuni ad agganciamento automatico, con potenza impegnata superiore a 30 Kw;
- e) per gli usi domestici;

La tariffa provinciale di utenza è pari alla tariffa vigente nel restante territorio nazionale secondo i provvedimenti C.I.P., comprensiva della voce "sovrapprezzo termico", ridotta degli importi che sarebbero dovuti per quest'ultima voce in base ai provvedimenti medesimi, e fino alla misura massima del 20% della "tariffa CIP" complessivamente considerata. La misura della riduzione viene determinata con decreto del Presidente della Giunta provinciale previa deliberazione della Giunta medesima.

Per le rimanenti categorie di utenza la tariffa provinciale è pari al-

la tariffa vigente nel restante territorio nazionale secondo i provvedimenti C.I.P., comprensiva della voce "sovrapprezzo termico".

L'Amministrazione provinciale accerta gli utenti di cui alle lett. b) e d) che hanno diritto alle tariffe agevolate e li comunica alle imprese distributrici.

Le imprese distributrici possono chiedere semestralmente entro il 31 luglio ed il 31 gennaio all'Amministrazione provinciale il rimborso della quota di minor incasso risultante dall'applicazione delle tariffe provinciali rispetto a quelle stabilite dal CIP.

Chi chiede la parola sull'art. 1? La parola al consigliere Sfondrini.

SFONDRINI (PSI): Signor Presidente, signori consiglieri, questo articolo è molto importante e chiaramente con questo disegno di legge si ribadisce il decreto della Giunta provinciale, che è stato sospeso con una sentenza della Corte costituzionale, su ricorso dello Stato. Ora si vuole ribadire un diritto della Provincia a stabilire le tariffe elettriche per alcune categorie, nell'ambito del territorio provinciale. L'aspetto di questo primo articolo è sufficientemente problematico, perchè siamo già in presenza di una sospensione da parte della Corte costituzionale, che riguardava analogo provvedimento, con analoghi contenuti, di un decreto del Presidente della Giunta provinciale. Si tratta di una questione che potrebbe far nascere dei dubbi, nonostante la relazione molto precisa, che notifica la competenza primaria della Provincia di Bolzano su questo argomento.

Comunque, già una volta lo Stato ha ricorso contro il decreto del Presidente della Giunta provinciale e si può verificare quindi il caso di una mancanza del visto da parte del Governo, su questo disegno di legge. L'Assessore Mayr, che era presente alla seduta della competente Commissione legislativa ha detto che se dovesse verificarsi un altro rifiuto, la Provincia insisterà nel riproporre il provvedimento così com'è e quindi si andrà davanti alla Corte costituzionale, per impegnare il provvedimento stesso, sempre che appunto il Governo lo respinga. Noi non siamo contrari a questo progetto di legge, anzi siamo favorevoli.

Ci rimane solo questo dubbio, che ci sia sì una volontà politica per riaffermare questa competenza da parte della Provincia, che tutto sommato si traduce in un vantaggio degli utenti, però ci viene il dubbio che visti i precedenti si corre il rischio di trovarci di fronte ad un provvedimento negativo da parte del Governo. Questo comunque non significa che non si debba prendere questa decisione.

Avrei anche intenzione di chiedere alcuni chiarimenti, che non ci sono stati forniti sufficientemente in sede di Commissione legislativa e sono riferiti alla parte riguardante gli usi domestici. Nel disegno di legge si dice che la tariffa provinciale di utenza è pari alla tariffa vigente nel restante territorio nazionale, secondo i provvedimenti CIP,

comprensiva della voce sovrapprezzo termico, ridotta degli importi che sarebbero dovuti per quest'ultima voce, in base ai provvedimenti medesimi e fino alla misura massima del 20% della tariffa CIP, complessivamente considerata. La misura della riduzione viene determinata con decreto del Presidente della Giunta provinciale, previa relazione della Giunta stessa. Questo discorso, quale significato ha? Anche in provincia di Bolzano si applicano le tariffe CIP. Soltanto che per la parte comprensiva del sovrapprezzo termico, ridotta degli importi, che sarebbero dovuti per quest'ultima voce, in base ai provvedimenti medesimi, allora che significato ha? Si riduce totalmente o no? Si arriva ad una riduzione fino al massimo del 20% Potrebbe essere del 18%, del 15%, del 10% ecc. Però nella misura tale di ridurre la cifra complessiva, tariffa vera e propria e sovrapprezzo termico. Insomma la riduzione del 20% si applica sul sovrapprezzo termico, o su tutta la tariffa? Non si capisce, almeno io non sono riuscito a capire in modo preciso qual è e dove si applica il 20%; non so se si fa tariffa più sovrapprezzo termico, meno il 20% o il 15%, in modo da tagliare il carico del sovrapprezzo termico. Questo meccanismo ha bisogno di una spiegazione, perchè per esempio nei precedenti provvedimenti CIP, per quanto riguardava gli usi domestici non vi era il sovrapprezzo termico per le fasce di utenti comprese tra lo 0 e i 3 Kw. Ora sappiamo che con successivi provvedimenti, non in misura identica a fasce di utenti che superano i 3 Kw, ma in misura inferiore, anche per le fasce di utenti comprese tra lo 0 e i 3 Kw, a livello nazionale viene applicato il sovrapprezzo termico.

Quindi, fatte queste premesse e visto il precedente promosso dallo Stato nei confronti del decreto del Presidente della Giunta provinciale, accolto imparzialmente dalla Corte costituzionale, attraverso la sospensione del decreto, esiste una problematicità. Quindi, nonostante il fatto dell'uscita delle norme di attuazione riguardanti la materia di produzione e distribuzione di energia idroelettrica, che dovrebbe chiarire definitivamente la questione, il quadro cambia e forse la posizione del Governo diventa più debole rispetto a quella mantenuta precedentemente rispetto all'entrata in vigore delle norme d'attuazione.

C'è inoltre la questione per capire in maniera più limpida, per rendere comprensibile a noi ed alla popolazione, cosa significa con un esempio l'applicazione di questo provvedimento nei confronti degli utenti per usi domestici. Penso che sia opportuno fornire al Consiglio, in modo chiaro, l'interpretazione di questa formula.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, signori colleghi, prendo la parola innanzitutto per dichiarare che è opportuno, da parte della Giunta, mantenere fermo il proprio atteggiamento per difendere le posizioni assunte. Siamo tra i maggiori produttori di energia elettrica nazionale.

E' giusto ed è doveroso che nell'ambito della nostra provincia si possano ottenere certi vantaggi, quantificati da una riduzione di costi di tariffe elettriche. A mio parere è sommamente giusto opporsi all'ap-

plicazione del sovrapprezzo termico, perchè, nella nostra zona non esistono centrali di produzione termica, quindi non ritengo che sia giusto che la popolazione di questa provincia debba sobbarcarsi un onere a conguaglio di costi che in provincia non esistono. Bisogna battersi per l'eliminazione di questo sovrapprezzo di natura termica, dovuto per la produzione di energia termica.

Nella relazione ci sono alcuni punti che non mi riescono chiari. Per esempio a pag. 3, si dice che secondo i dati forniti il 28 febbraio 1977, dalla direzione generale dell'ENEL, la zona ENEL di Bolzano sarebbe deficitaria per una decina di miliardi all'anno. Ma di che cosa? Di lire o di Kw? Sarebbe bene che ci si intendesse su questo, così come è espresso male il concetto nell'art. 1, relativo alla riduzione del 20%, come è stato rilevato anche dal collega Sfondrini. Non si capisce bene, probabilmente si riferisce al 20% complessivo, sia della tariffa, che nel sovrapprezzo termico, almeno così mi voglio augurare.

Anch'io ritengo che debba essere chiarito, forse espresso in termini migliori, questo concetto in modo che sia ben chiaro a che cosa si applica e di quanto in effetti è la riduzione per stabilire la validità ed il complesso del provvedimento.

NICOLODI (PSI): Vorrei prima di tutto fare un'osservazione di carattere formale, rivolta all'assessore Benedikter. Al secondo comma della relazione viene citata la legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1, non sarebbe forse meglio inserire il D.P.R. dell'agosto? Chi va più a cercare la legge, ormai siamo tutti abituati al testo unico unificato e mi sembra che sarebbe anche più pratico.

L'altra osservazione che volevo fare riguarda l'applicazione della tariffa, che non sono riuscito bene a capire come debba venire applicata. Siccome il problema, sub judice, da parte della Corte costituzionale non è tanto la riduzione delle tariffe o l'applicazione delle tariffe, che mi pare sia pacifico, in base all'ultima norma uscita che è di competenza della Provincia. Il problema è il sovrapprezzo termico, se questo deve andare nel calderone nazionale o se deve essere trattenuto a livello provinciale. Quindi, per evitare eventualmente complicazioni anche da parte degli utenti, visto che i giornali hanno parlato del rincaro del sovrapprezzo termico ecc., non sarebbe meglio tenere le due cose distinte? Si potrebbe fare l'abbattimento solo sulla tariffa, perchè non so se questo abbattimento sia comprensivo anche del sovrapprezzo termico, ma si potrebbe fare forse un abbattimento superiore sulla tariffa e lasciare il sovrapprezzo termico così come è previsto dalla legge nazionale.

Quindi, l'utente non ha più il pericolo che deve pagare di più. Non so se questo è un suggerimento che può avere un senso.

JENNY (SFP): Meine Damen und Herren! Ich werde im Namen der Sozialen Fortschrittspartei diesem Gesetz grundsätzliche zustimmen. Eine Frage, die von mir schon mehrfach gestellt, aber nie ganz geklärt worden ist,

war folgende: Warum man hier in Südtirol nicht zu jener Maßnahme greift, die sich in gewissen österreichischen Bundesländern sehr gut bewährt hat, nämlich die Anwendung eines Nachttarifes. Sie wissen, daß z.B. in Vorarlberg eine massive Produktion von Strom erfolgt, der sogenannte "Nachtstrom" ganz entscheidend dazu beiträgt, den elektrischen Strom zu Heizzwecken der Wohnungen zu verwenden, oder für Boiler etc., die dadurch, daß sie in der Nacht angeschlossen sind, das Netz nicht überbelasten.

Wir wissen, daß sich gewisse Verbrauchsspitzen innerhalb der 24 Stunden ergeben.

Dieser Nachtstrom wird von konsumbewußten Verbrauchern sehr gut ausgenützt und ich möchte noch betonen, daß die Elektroheizung in Vorarlberg durchaus eine Alternative darstellt. Dies ist bei uns, meiner Meinung nach unmöglich, da die Tarife zu hoch sind. Nun frage ich, ob man diese Überlegung berücksichtigt hat und aus welchen Gründen sie bei uns nicht anwendbar ist. Sind diese bürokratischer oder technischer Natur, denn meiner Meinung nach wäre es ein großer Vorteil für den kleinen Konsumenten. Es belastet in keiner Weise das Netz, da in den Nachtstunden die großen Verbrauchsspitzen nicht hineinfallen.

BENEDIKTER (Assessor für Raumordnung, Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Ich habe den Eindruck, daß die Kollegen hier doch verstanden haben, worum es geht, auch wenn der Bericht aus einleuchtenden Gründen nicht so ausführlich und erschöpfend sein konnte. Es ist dies eine Phase der Loslösung unserer Energieversorgung vom staatlichen System. Die gesetzliche Möglichkeit ist mit den Durchführungsbestimmungen erreicht worden, also mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 26.3.1977, die am 31.5 veröffentlicht worden sind und dieses Dekret hat uns dann veranlaßt, diesen weiteren Schritt zur Unabhängigkeit zu machen. Das was Herr Dr. Jenny hier vorschlug, gehört dann als "cura posterior" verstanden. Erst wenn wir wirklich selbständig geworden sind und das ist ein entscheidender Schritt, dann können wir auch die Tarife anders gestalten.

Das wäre dann eine autonome Angelegenheit. Jetzt geht es darum, gegenüber dem Tarifsysteem auf gesamtstaatlicher Ebene echt diese Loslösung zu erreichen. Immerhin hat der Verfassungsgerichtshof uns mit dem Urteil Nr. 217 vom 14.7.1967 recht gegeben, indem er sagt, daß, dort wo die Provinz ermäßigt, ist sie zuständig für die Tarife, kurz gesagt. Es ist dies eine Auslegung des Art. 13, die den autonomen Erfordernissen entgegenkommt. Wo die Provinz nicht ermäßigt, bleibt der Staatstarif aufrecht, so wie er ist. Die Provinz ermäßigt bis dato bei allen Kategorien mit Ausnahme der Großindustrie sowie von Handel und Fremdenverkehr. Bei allen anderen Kategorien wird eine Ermäßigung angewendet, die zuletzt 20% ausgemacht hat und nun wahrscheinlich etwas verringert wird, um die Belastung besser zu ertragen, die durch die Übernahme der Versorgung durch die ENEL auf uns zukommt, sowie mit der notwendigen Verstärkung des

Elektrifizierungsprogrammes.

In dem Urteil ist aber nicht ausgesprochen, daß unter den Tarif auch der Wärmeschlag fällt. Diese Frage wurde dort gar nicht aufgeworfen und deshalb sind wir jetzt da. Es ist letztes Jahr der Thermo-Zuschlag eingeführt worden und wir waren der Ansicht, daß dieser Thermo-Zuschlag Teil des Tarifes ist. Dies ergibt sich auch daraus, daß er ebenfalls vom Preiskomitee festgelegt wird, also diese Erhöhung - genannt Sovraprezzo - um die höheren Stromerzeugungspreise ausgleichen zu können, sodaß für ganz Italien ein Tarif gültig bleibt, jedoch die höheren Kosten der Wärmekraftwerke auf diese Weise ausgeglichen werden können.

Es ist also keine Steuer, sondern eine Preiserhöhung, ein zusätzlicher Preis vom Preiskomitee eingeführt worden. Im übrigen Italien wird das an die sogenannte Ausgleichskasse abgeliefert, die es wiederum als Ausgleich für die höheren Entstehungskosten der Stromerzeugung an die Wärmekraftwerke verteilt. Der Zuschlag ist also eingeführt worden, wir haben dann im Sinne des Urteils den Zuschlag in unsere Tarifgestaltung einbezogen, die 20%ige Ermäßigung eingeführt und dieses Dekret vom 28.12.76 ist auf Betrieben des ENEL angefochten worden. Der Verfassungsgerichtshof hat die Wirkung unseres Dekretes, das vom 1.1. bis 25.3. in Geltung war, suspendiert. Also gelten derzeit in der Provinz die gesamtstaatlichen Tarife minus 10% denn durch die Suspendierung des letzten Dekretes ist das frühere Dekret wieder in Kraft, das eine Ermäßigung von 10% vorsah. Jetzt warten wir nicht das Urteil des Verfassungsgerichtshofes ab, sondern inzwischen sind die Durchführungsbestimmungen erschienen, die der autonomen Provinz die Verantwortung für die Energieversorgung überlassen. Darauf basierend bringen wir jetzt ein Gesetz vor, worin entschieden wird, was eigentlich der Verfassungsgerichtshof entscheiden sollte. Wir gehen davon aus, daß durch die Durchführungsbestimmungen die Verantwortung für die Energieversorgung der Provinz überlassen ist und dies auch in dem Sinne, daß die Provinz mit dem, was sie an eigener Produktion unter rationellster Ausnützung an Energie besitzt, auskommen sollte. Dadurch sollte sie unabhängig sein von staatlichen Zuschüssen, damit sie die Gesamtversorgung etwa finanziell ausgleicht; das ist ausgeschlossen, das steht nicht drin. Die 14 ENEL-Zonen, die passiv sein sollen, (d.h. es muß mehr verausgabt werden, als die einkassierten Tarife hereinbringen), sollen erbringen, daß wir unsere Versorgung selber sicher, indem wir auch den Spitzenstrom zum 4-fachen Preis verkaufen, andererseits ist es mit den Durchführungsbestimmungen unvereinbar, daß wir dann noch Wärmeabgaben an das übrige Italien zahlen. Das ergibt sich ganz klar aus der "ratio" der Durchführungsbestimmungen und deshalb fühlen wir uns berechtigt, nicht mehr abzuwarten, sondern dies für uns gesetzlich zu regeln und hoffen daher, daß das Gesetz dann auch durchgeht.

Wir könnten hier die Bezugnahme auf das Verfassungsgesetz ersetzen durch Bezugnahme auf das Dekret des Präsidenten der Republik, wo die Verfassungsgesetze zusammengefaßt werden. Zu dem, was der Abgeordnete Sfondrini aufgeworfen hat, wird jetzt präzisiert: also wo die Provinz Er-

mäßigungen erlassen hat oder erläßt, hat sie die Tarifhoheit. Vorläufig äußert sich dies nur darin, daß der gesamtstaatliche Tarif, von dem der Wärmekraftzuschlag einen Bestandteil darstellt - und das ist unsere Stärke - erhalten bleibt minus 20% oder auch weniger, das wird erst in der Durchführung festgelegt.

Das betrifft aber nur die Kategorien, wo wir Ermäßigungen einführen oder eingeführt haben, das wird durch eine Abänderung präzisiert. Sonst würden wir ja den gesamten Wärmekraftzuschlag kassieren, auch dort, wo wir keine Tarifhoheit haben. Wir befinden uns in einer Aufbauphase für diese Lösung der Energieversorgungsprobleme, die man als "österreichische Lösung" bezeichnen könnte. Dieser kommen wir näher, wenn mit Hilfe dieses Gesetzes alles durchgeführt ist zur Errichtung des Landesverbundbetriebes mit Übernahme der ENEL-Versorgung in 14 Randgebieten. Wir haben noch einen anderen Abänderungsantrag eingebracht, was wir uns durch den Wärmekraftzuschlag ersparen, bzw. als Provinz einnehmen und nicht abführen müssen, es geht dabei um insgesamt 5,5 Milliarden, die zum Teil als Ermäßigung vom Verbraucher nicht kassiert werden, andererseits könnte die Provinz damit die Übernahme der Versorgung besser finanzieren.

Wir wollen hier hinzufügen, daß das so beschaffte Geld nicht nur für die Elektrifizierung der Berggebiete verwendet wird, sondern auch für die Übernahme der Versorgung der ENEL-Randgebiete. Die endgültige Regelung über die Verwendung des Geldes wird einem späteren Gesetz über die Einrichtung des Provinzbetriebes überlassen, indem auch vorgesehen werden soll, wieweit dieses Geld auch für die Übernahme der Versorgung, für ein eventuelles Defizit in der ersten Zeit, der ENEL-Randgebiete verwendet wird. Wir können also den Wärmekraftzuschlag nicht ausklammern, denn dadurch würden wir uns selber unrecht geben.

Mit unserem Standpunkt steht und fällt auch dieses Gesetz. Er besteht darin, daß dieser Wärmekraftzuschlag Bestandteil des Tarifes ist und vom Preiskomitee nur eine Preiserhöhung gemacht worden ist, um die höheren Erzeugungskosten der Wärmekraftwerke auf diese Weise auszugleichen. Wir können das nicht isolieren. Im Gegenteil, es ist ein Tarif, der 100% ausmacht, davon sind 20% Wärmekraftzuschlag, aber alles zusammen ergibt den Strompreis.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC):
Signor Presidente, signori colleghi, anch'io vorrei esprimere qualche osservazione, non tanto come cofirmatario alla legge, quanto come rappresentante della Democrazia Cristiana. In primo luogo vorrei rilevare l'importanza di questa legge ed ad essa dobbiamo rilevare l'importanza fondamentale; si tratta di un coronamento, di una componente essenziale, a nostro avviso, di tutta la politica in materia elettrica, che si è andata sviluppando in questi anni di battaglia a favore della nuova autonomia.

I tempi partono da lontano ed ancora delle rivendicazioni, che sono andate realizzandosi dal famoso ex art. 10 dello statuto regionale, alle numerose occasioni di cui ci siamo chiesti che le indicazioni costituzio-

nali avrebbero dovuto trovare un riscontro concreto e reale nella legislazione e quindi nei vantaggi da offrire alla popolazione. Il punto fondamentale è che prima attraverso la riforma costituzionale, successivamente attraverso la misura 118, impropriamente chiamata così, ma che ha assunto un significato ben più importante, si è riusciti ad assegnare un sistema elettrico all'autonomia provinciale. Ciò è accaduto proprio partendo da tutte quelle considerazioni politiche molto importanti, che trovavano riferimento alla produzione notevolissima di energia elettrica, che c'è in Alto Adige ed allo scarso godimento di questa utilizzazione da parte della popolazione locale e quindi all'esigenza, attraverso le rivendicazioni legislative costituzionali, al fatto di far godere, e questo è un punto fondamentale, non tanto e non solo all'autonomia, ma di far godere direttamente alla popolazione interessata i vantaggi in restituzione di un bene, che bene o male poteva anche venire considerato sottratto. E la restituzione formale avviene proprio nei termini più concreti, attraverso una riduzione tariffaria e questo è senz'altro uno degli aspetti politici più importanti. Abbiamo ottenuto e disponiamo, attraverso la nostra autonomia, di un sistema nostro. Questo andrà molto bene ai fini di quelli, che potranno essere i nostri programmi, di come potremo sviluppare il servizio da rendere alla popolazione, proprio ai fini dell'approvvigionamento dell'energia. Però questo è un completamento della politica tariffaria, che è altrettanto importante, perché poi questo è il modo concreto con il quale restituisco un bene, qualche cosa di bene, a tutta la comunità, attraverso un sistema legislativo.

Quindi, da un punto di vista politico mi pare che sia essenziale, fondamentale, poter disporre di questa competenza di coronamento indispensabile, non al punto di non considerare essenziale, quanto da me ottenuto attraverso il sistema di produzione e di distribuzione di energia, ma per conto mio, altrettanto importante, come completamento di un orientamento preciso di politica.

Tutti dobbiamo dare la nostra adesione piena e convinta ad iniziative di questo genere, che sappiamo essere difficili. Non è stato certamente facile trovare tutti i meccanismi giuridici e tecnici, che purtroppo non sono certamente chiari, come non sono stati facili i vari passaggi attraverso i quali noi siamo riusciti a far valere quello che riteniamo essere un nostro diritto. Adesso la legge propone quanto prima era stato indicato, cioè la possibilità attribuita alla Provincia di gestire una sua politica tariffaria. Ciò è contenuto nell'art. 13 dello Statuto di autonomia, come è appena stato ricordato. Ha trovato un altro riscontro nella legge n. 18 del 1973, dove questo nostro diritto a produrre sconti e quindi a determinare tariffe elettriche, era in una logica un po' diversa da questa: era nella logica di quella legge, in cui si riconosceva il diritto a fare delle deduzioni tariffarie salvo il diritto, il dovere nostro, di restituire all'azienda la maggiore quota, che avesse rappresentato un minor introito nei confronti dell'azienda. In questo modo, teniamo conto di una nuova realtà evolutiva, cioè quella della misura n.

118. Sono cambiate sensibilmente e notevolmente anche le stesse premesse giuridiche del nostro intervento rispetto alla legge n. 118; con la nuova misura 118, è stato assegnato alla Provincia di Bolzano il diritto di darsi un sistema elettrico.

E' evidente che nell'ambito di questo diritto sia riconosciuto anche il diritto di una politica tariffaria, che sia basata su presupposti diversi, anche rispetto a quella della legge n. 118, che prevedeva il rimborso in caso del minor introito, nel minor incasso.

Mi pare che questi siano gli aspetti fondamentali. Gli aspetti essenzialmente tecnici, a parte le spiegazioni date, sono quelli che noi, ci concediamo il diritto di arrivare fino ad una riduzione del 20%, su una tariffa unica, cioè il sovrapprezzo termico fa parte della tariffa.

Quindi è un'unica parte, però, fa parte della tariffa per una sua componente, che non incide nell'economicità della tariffa, nell'economicità di costo di produzione della tariffa. Questo è anche fondamentale ed importante. Vale a dire che è un diritto, che ci arroghiamo senza abbattere il costo che deriva dalla valutazione di produzione di quel costo. Naturalmente ci avvaliamo di questo diritto nell'ambito della valutazione del sovrapprezzo termico, però sovrapprezzo termico che potrebbe anche essere superiore al 20%. Evidentemente la Provincia, anche con l'emendamento che adesso faremo, non interviene. Vale a dire che quella parte non può essere considerata come diritto di prelievo, ma il diritto di prelievo va riferito esclusivamente all'ambito del 20%.

Mi rendo conto che le spiegazioni dal punto di vista tecnico forse non sono molto chiare, ma è difficile poterle presentare in termini limpidi. Comunque, penso che ci stiamo muovendo su un piano logico, razionale, giustificato sul piano politico.

In ultima analisi non c'è altro che esprimere la speranza e l'impegno che questo disegno di legge trovi il suo formale accoglimento, anche da parte del Governo, perchè credo che non potrà essere negata la logica complessiva entro la quale viene inserita questa legge, che è stata la logica di conseguenza di tutti i vari passaggi, che ci hanno visto presenti ed impegnati dalla riforma dello statuto di autonomia, fino a questo momento.

Penso che dovremo esprimere ogni nostro maggior impegno, ma sarebbe una carenza molto grave, se questo diritto non ci fosse riconosciuto, proprio ai fini di questo completamento di servizio di sistema che con l'autonomia siamo riusciti ad avere e ad assegnare.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola ad altri oratori, preciso che è stato presentato un emendamento a quest'articolo, firmato dagli Assessori Mayr e Benedikter, che dice: "Al primo comma, lett. b), sostituire le parole: "ai sensi dell'art 7, della legge costituzionale 10.11.1971, n. 1", con le parole "ai sensi dell'art. 10, del D.P.R. 31.10.1972, n. 670".

Si tratta evidentemente della richiesta fatta dal consigliere Nicolodi. La parola per la seconda volta al consigliere Sfondrini.

SFONDRINI (PSI): Mi pare di aver capito che devono esserci altri emendamenti e pregherei il Presidente di distribuirli subito, perchè questo appena letto è in definitiva una correzione formale, ma altri emendamenti possono essere molto più importanti.

Sono d'accordo con quanto detto dal collega Benedikter, anche per quanto relativo alla proposta fatta dal collega Nicolodi. Per avere ragione bisogna considerare come tariffa anche il sovrapprezzo termico, altrimenti corriamo il rischio di darci la zappa sui piedi.

Cioè forniamo un argomento palese, in cui si riconosce che il sovrapprezzo termico è qualche cosa di diverso dalla tariffa.

La spiegazione sull'applicazione dell'art. 1, non è abbastanza chiara e voglio dare, se possibile, questa interpretazione. Si adottano le tariffe CIP, così come sono, sovrapprezzo termico compreso. Poi si fa un abbattimento tale, per cui si arriva ad eliminare il sovrapprezzo termico. Però non sempre, perchè visto che si arriva al massimo al 20%. Potrebbe darsi che fosse necessario il 25% per abbattere questa tariffa.

Può verificarsi il caso in cui per certe categorie viene abbattuto il sovrapprezzo termico, con l'applicazione della riduzione del 20%, mentre in altri casi si ha una riduzione parziale. Facendo questa riduzione delle volte si raggiunge l'eliminazione del sovrapprezzo termico, mentre altre volte no. C'è bisogno di fare chiarezza su queste cose, perchè c'è un'altalena di notizie, pubblicate dai giornali, sulla questione delle tariffe. C'è da pagare tutto, ma la sentenza della Corte costituzionale ha sospeso tutto, c'è un provvedimento CIP, la legge provinciale, l'ordinamento dell'Azienda elettrica consorziale e i cittadini non sanno più che cosa devono pagare.

C'è ogni tanto qualche annuncio sulla stampa che dice che forse bisognerà pagare gli arretrati. Quindi, secondo me, dopo questa legge bisognerà fare il punto alla situazione, presente, futura, ma anche del passato. Perchè cosa significa la sospensione? Significa tornare alla situazione antecedente. Questa legge dovrebbe mettere tutto a posto e mettere fine a questa ridda di situazioni per cui c'è la minaccia, oltre ad avere pagato l'anticipazione delle tasse, di dover pagare degli arretrati. Ciò mette in agitazione le persone, che non sanno più dove andranno a finire. Quindi, appena approvata la legge dal Governo, chiedo che venga fatto il punto della situazione in modo chiaro, netto e preciso.

MAYR (Assessor für Wildbachverbauung, Wasser- und Energiewirtschaft - SVP): Ich möchte die zweite Intervention des Kollegen Sfondrini benutzen, um hier etwas klarzustellen. Die Provinz ist immer davon ausgegangen, daß der Thermo-Zuschlag Bestandteil des Tarifes ist. Dies kann einerseits in der Zusammensetzung der Tarife als solche begründet werden, andererseits aber auch historisch, wie in Italien die Tarife zusammengesetzt sind. Die Stromtarife setzen sich in Italien aus einer Grundgebühr, die auf die installierte Potenz berechnet wird, aus einem Satz pro Konsum der Energie und jetzt ab 1974 wieder aus dem Thermo-Zuschlag zusammen.

Schon in den sechziger Jahren hat die sogenannte Ausgleichskasse bei den Stromabnehmern einen Anteil auf die Stromtarife für die kleinen Unternehmen (aziende minori) kassiert. Wie Assessor Benedikter schon ausgeführt hat, verfügt diese Mehrkosten das interministerielle Presikomitee, das keine Steuern, sondern Tarife vorschreibt, Richtpreise, die auf die Provinz Bozen bezogen, im Autonomiestatut im Artikel 13 genaue Richtlinien erfahren.

Hier könnte man auch anführen, daß sich der Tarif für den Strompreis, den der Verbraucher bezahlt, folgendermaßen zusammensetzt: aus Grundgebühr, Anteil für die konsumierte Energie und dem Thermozuschlag; d.h. was unter dem Strich herauskommt, ist die Summe für ein Gut, das ich bereits konsumiert habe, also bildet das den Preis oder Tarif und nicht etwa eine Steuer.

Denn eine Steuer könnte auf diese Art und Weise nicht eingeführt werden und außerdem hat dieser Thermozuschlag nicht die allgemein gültigen Richtlinien und Merkmale, wie sie Steuern haben, die für alle gelten, während hier bestimmte Kategorien ausgenommen sind oder Abstufungen bestehen. Er hat also nicht den Charakter einer Steuer, sondern den Charakter eines Tarifes.

Auch die Differenzierung dieses Thermozuschlages auf die Verbraucherkategorien beweist besonders deutlich, daß es keine Steuer ist, sondern Bestandteil des Tarifes. Diese Tatsache wird noch dadurch erhärtet, daß die Ausgleichskasse jetzt nach der Verstaatlichung 1963 die gesamten Gelder der Stromabnehmer nicht mehr an Elektrobetriebe, sondern direkt an das ENEL abgibt für die Errichtung von thermonuklearen Anlagen. Gerade hier wird durch den genannten Finanzmechanismus (Einsammeln durch die Elektrowerke, Überweisung an die Ausgleichskasse, Anweisung an das ENEL und Bau der Elektrowerke) bewiesen, daß es sich nicht um eine Steuer handelt, sondern um einen Beitrag bestimmter Verbraucherkategorien, um solche Anlagen zu finanzieren.

Die Tarifhoheit ist im Artikel 13 des Autonomiestatutes genau umrissen, für welche Kategorien das Land zuständig ist, Ermäßigungen einzuführen. Wir wollen durch diesen Gesetzentwurf auch erreichen, wie ich in der Kommission erklärt habe, daß endlich das Eingehen des Verfassungsgerichtes in meritorischer Hinsicht vollzogen wird. Also nicht nur Suspendierung und dadurch Wiederinkrafttreten des alten Dekretes, sondern wir wollen erreichen, daß meritorisch befunden wird. Hier gibt es nun eine Reihe von Begründungen. Durch das Inkrafttreten des Dekretes 235 sind der autonomen Provinz umfassende Kompetenzen übertragen worden auf dem Gebiet der Energieversorgung, die einerseits die Tarifgestaltung des neuen Trägers (ob der nun die Provinz ist oder ein Gemeindekonsortium) mit dem Stromlieferanten, zu denen auf nationalem Gebiet dann auch das ENEL gehört, genau regelt. Diese Preisregelung zwischen dem neuen Energieträger und der staatlichen Energieversorgung bedeutet auch, daß die Tarifgestaltung der Provinz im Sinne des Art. 13 des Autonomiestatutes eine umfassende sein muß.

Zur Frage des Kollegen Sfondrini, der erklärt hat, daß er wohl anerkennt, daß wir das Prinzip Thermozuschlag - Tarif wahren, aber er findet, daß es nicht für alle gleich zur Anwendung kommt; das stimmt. In diesem Gesetz wie auch in dem Dekret sind die 20% festgelegt, wenn wir aber die Tarifgestaltung nachrechnen, z.B. öffentliche Beleuchtung, so beträgt der Anteil des Thermozuschlages auf den Gesamtpreis der öffentlichen Beleuchtung im Durchschnitt 15,97%, d.h. er liegt weit unter den 20%. Bei Motorkraft bis zu 10 Kw 16%, Motorkraft über 30 Kw über 20%, nämlich 23,4% d.h. 20% sind ermäßigt, die 3,4% würden nicht in die Provinzkasse sondern weiterhin in die Ausgleichskasse fließen. Auf dem Sektor Landwirtschaft sind es 35% und so ist das abgestuft.

Ich möchte aber ganz allgemein zu den Stromtarifen sagen: wir müssen zugeben, daß wir hier in der Provinz Bozen zum Unterschied vom nationalen Bereich wie von den umliegenden Ländern wie etwa die Schweiz, dem Bundesland Tirol oder Kärnten mit landeseigenen Körperschaften wie die TIWAG mit den Tarifen sehr viel günstiger liegen, gegenüber Bayern sogar um etwa 32%, wir sollten daher den im Gesetz vorgesehenen obersten Rahmen bis zu 20% einhalten. Wenn dieses Gesetz durchgeht und in Anwendung und Durchführung dieses Gesetzes ein neues Dekret des Landeshauptmannes herauskommt für die zu begünstigenden Kategorien, dann müssen wir wohl einige Überlegungen anstellen.

Ich glaube, daß es nicht mehr tragbar ist, 20% zu verbilligen, ich sage das ganz offen, denn man hat die Teuerung auf allen Lebensbereichen hier erfahren und somit auch auf dem Sektor der Stromtarife. Wir werden einen geringeren Prozentsatz festlegen müssen, allerdings müßte dann überlegt werden, ob die mittleren Sparten unserer Wirtschaft, des Handels und Fremdenverkehrs, die noch nicht berücksichtigt wurden, mit einbezogen werden sollen.

Das ist dann eine Angelegenheit der Landesregierung, die sich auf Grund der Daten für die einzelnen Verbraucherkategorien damit zu befassen hat. Ich möchte noch etwas aufgreifen, was Assessor Benedikter angeschnitten hat. Mit dieser Maßnahme wird der Provinz auch die Möglichkeit geboten, für jene 14 Zonen, die dem ENEL bei der Verstaatlichung einverleibt wurden, Programme zu finanzieren. Von diesen 14 Zonen in der Provinz Bozen sind nur die Zone Kaltern und Grödental aktiv, d.h. dort verdient das ENEL mehr als es investiert.

Während die 12 Zonen, meist Streusiedlungen und Berggebiete, zusammen das Defizit von 10 Milliarden ergeben, das auf Grund des Spannungsabfalles und der schwierigen Situation dem ENEL erwachsen.

Es geht nicht an, daß wir nur die Zonen des ENEL übernehmen, sondern wir müssen doch die normalen Verstärkungen und Investitionen, die das ENEL in den 15 Jahren seiner Tätigkeit nicht vorgenommen hat, vom Land vornehmen. Es gibt genügend Beispiele, wo heute noch ganz normaler Pergl-Draht die Elektroleitung darstellt, wie z.B. im oberen Teil der Gemeinde Villanders.

Ich glaube, daß bei einer diesbezüglichen Regelung auch die Ände-

rung vorsehen werden sollte, daß die Anschlußgebühren für die Streusiedlungen mit der Grenze der 300 Meter und dann die Zahlung der 70% von den Gesamtkosten als Verfügung aufgehoben werden. Diese Verfügung mag wohl in Italien gut gehen, wo die gesamte Siedlung auf einem Hügel beisammen liegt und innerhalb eines 300 Meter-Kreises bleibt, aber in unseren Streusiedlungen kann doch nicht das Prinzip gelten, daß der, der unglücklicherweise mehr als 300 Meter von der Kabine entfernt ist, noch 70% der gesamten Anschlußkosten bezahlen muß. Mit diesen Mehreinnahmen des Landes werden wir dann entsprechende Regelungen treffen müssen, denn es geht nicht an, daß diese Zonen nur übernommen werden und dann keine Verbesserungen bzw. Verstärkungen, die das ENEL selbst hätte vornehmen sollen aus seinem eigenen Budget natürlich, vorgenommen werden und diese Zonen sich selbst überlassen bleiben. Wenn dann diese Landesversorgung eintritt und diese Preise genau umrissen sind, dann kommen wir auch diesem, vom Abg. Jenny vorgebrachten Antrag näher, nämlich daß eine bessere Unterscheidung zwischen dem verbilligten Nachtstrom und dem etwas teureren Spitzen-Tages-Strom möglich wird.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'emendamento testè discusso? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Pongo ora in votazione l'art. 1, così emendato: approvato all'unanimità.

Art. 2

All'art. 7 della legge provinciale 30.8.1972, n. 18, viene aggiunto il seguente art. 7 bis:

A decorrere dall'1 luglio 1977, le somme riscosse dalle imprese distributrici in corrispondenza della voce "sovrapprezzo termico" di cui ai provvedimenti CIP, anziché essere corrisposte alla Cassa conguaglio per il settore elettrico, sono versate nel deposito fruttifero vincolato, intestato al Fondo per l'elettrificazione delle zone montane, di cui all'art. 8 della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18 e successive modificazioni ed integrazioni e sono impiegate a norma di tale articolo.

Per le categorie di utenza, alle quali si applicano le riduzioni di cui all'art. 7, primo comma, il versamento delle somme riscosse dalle imprese distributrici in corrispondenza della voce "sovrapprezzo termico" è limitato alla sola eccedenza dopo l'applicazione delle riduzioni stesse.

Qualora le tariffe vigenti nel restante territorio nazionale fossero modificate in aumento od in diminuzione, il Presidente della Giunta provinciale, su conforme deliberazione della Giunta provinciale, provvedere a variare in proporzione le tariffe di cui alla presente legge.

Il decreto del Presidente della Giunta ha effetto dalla medesima data del provvedimento CIP.

A quest'articolo sono stati presentati tre emendamenti. Golgo l'occasione per dire che ci troviamo di fronte a due settimane di notevole

lavoro. Abbiamo 14 provvedimenti di legge da discutere, quindi prego per cortesia di presentare gli emendamenti in tempo utile in modo che il Consiglio possa provvedere alla loro distribuzione, altrimenti avremo noie e fastidi. Gli emendamenti sono stati presentati dagli assessori Benedikter, Mayr e Pasquali; inizio la lettura del primo.

"Al primo comma sopprimere dopo le parole "all'art. 8" le parole "della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18 e successive modifiche e integrazioni".

Il secondo emendamento dice: "Inserire al primo comma dopo "imprese distributrici" le parole "dalle categorie di utenza alle quali si applicano le riduzioni di cui all'art. 7, primo comma".

Il terzo emendamento dice: "Emendamento aggiuntivo al nuovo secondo comma: "L'impiego delle somme riscosse di cui al comma precedente sarà disciplinato definitivamente con legge provinciale che istituisce l'azienda speciale prevista dall'art. 10 del D.P.R. 26 marzo 1977, n. 235, anche per integrare il fabbisogno finanziario derivante dall'attuazione degli articoli 10 e 13 dello stesso decreto".

Chi chiede la parola sull'emendamento n. 1? La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Mi sembra che non sia giusto un emendamento così formato, perchè la frase finisce nel seguente modo: "... e sono impiegate a norma di tale articolo". Chiedo se anche questo va soppresso.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Benedikter, che chiarirà il concetto.

BENEDIKTER (Assessor für Raumordnung, Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Herr Abgeordneter, das ist nur eine Formsache. Dieser Absatz ist ja Bestandteil des Gesetzes Nr. 18 und deshalb brauche ich nicht dasselbe Gesetz zu wiederholen.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'emendamento n. 1? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Chi chiede ora la parola sull'emendamento n. 2? La parola all'assessore Benedikter.

BENEDIKTER (Assessor für Raumordnung, Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Ich habe es schon erklärt, es geht darum, zu präzisieren, daß wir nur dort die Ermäßigung vornehmen bzw. der Wärmekraftzuschlag zum Teil von der Provinz behalten wird, wo dies für gewisse Kategorien vorgesehen ist und nicht insgesamt bei der Großindustrie. Diese zahlt den CIP-Tarif insgesamt, ohne daß wir darauf Einfluß nehmen könnten.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'emendamento n. 2? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Chi chiede ora la parola sull'emendamento n. 3? La parola all'assessore Benedikter.

BENEDIKTER (Assessor für Raumordnung, Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Es ist auch hier lediglich eine Präzisierung, daß man sagt, dieses Geld, das wir vom Wärmekraftzuschlag behalten, werden wir unbedingt brauchen, um das Defizit auszugleichen, das zumindest in der ersten Phase der Übernahme der ENEL-Versorgung entstehen wird.

MITOLO (MSI-DN): In sostanza si viene ad approvare la linea di politica tariffaria del Governo, che a suo tempo ha istituito il sovrapprezzo termico. Cioè noi, a nostra volta, diciamo che questo sovrapprezzo ci serve per coprire i nostri deficit e le nostre difficoltà, di cui abbiamo già accennato. Mi pare che in passato, tutta la battaglia sostenuta nei consigli comunali, tanto come in Consiglio provinciale e regionale, fosse per l'abolizione del sovrapprezzo termico. Noi ritenevamo che non si doveva applicare il sovrapprezzo termico per effetto della situazione in cui la provincia di Bolzano si veniva a trovare non avendo centrali termiche. I cittadini poi, almeno in gran parte, dimostrarono di non gradire affatto questo aumento, proprio in relazione alla particolare situazione in cui si trova la provincia di Bolzano. Oggi noi diciamo che quel provvedimento va bene ed anzi ci serve per coprire le nostre difficoltà ed i nostri deficit, almeno in gran parte. Con questo provvedimento, la Giunta ed i partiti di maggioranza, si rimangiano un po' certe posizioni sostenute in passato a difesa del contribuente. Non sono del tutto d'accordo con questo, perchè ritengo e continuo a ritenere che il sovrapprezzo termico non debba essere applicato. Quindi, mi astengo dal votare questo emendamento.

BENEDIKTER (Assessor für Raumordnung, Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Wir können nicht einerseits sagen, der Thermozuschlag ist ein Bestandteil des Tarifes und diesen Tarif können wir ermäßigen um 20%, 10% oder 5%, und andererseits mit Landesgesetz diesen Zuschlag abschaffen. Wir können den Gesamttarif, wie er sich laut CIP-Verfügung ergibt, ermäßigen.

In diesem Tarif ist der Wärmekraftzuschlag enthalten, aber es ist ein Tarif beruht diese gesamte Gesetzgebung.

Wir können den Gesamttarif ermäßigen, daß praktisch diese 20% wegfallen, wie wir es ja schon gemacht haben mit dem Dekret vom 28.12.1976. Praktisch ist der Wärmekraftzuschlag durch die Tarifiermäßigung von 20% abgeschafft worden. Der Wärmekraftzuschlag macht im Durchschnitt 20% aus. Jetzt sieht man vor, daß wieder die Ermäßigung bis zu 20% ausmachen kann; sie wird allerdings in Zukunft etwas weniger als 20% betragen, da wir mit einer ziemlich großen Belastung durch die Übernahme der ENEL-Zonen rech-

nen müssen und diese Finanzierung dafür zum Teil auch daher genommen werden muß.

NICOLODI (PSI): Adesso discutendo è venuto fuori che quanto da me prima proposto non era del tutto sbagliato. Infatti, ho sempre creduto e sostenuto che noi non dobbiamo pagare il sovrapprezzo termico e che quindi il sovrapprezzo termico andava accantonato e restituito agli utenti; se invece lo Stato non ci permette questa esclusione del pagamento, allora il sovrapprezzo potrebbe essere trattenuto dalla Provincia e non certo inviato alla cassa conguaglio. Con questo, noi sanzioniamo che il sovrapprezzo termico va pagato anche in provincia di Bolzano e che serve alla Provincia per la ristrutturazione in base alla norma sull'elettricità. Quindi, anch'io, su questo emendamento mi astengo, perchè è un riconoscimento che anche la Provincia di Bolzano deve pagare anche se non costruirà mai centrali termiche e torna di svantaggio alla popolazione, che pensava di poter avere una tariffa migliore che non in altre parti d'Italia.

ERSCHBAUMER (SPS): Landesrat Benedikter hat bei der Erklärung dieser Abänderungsanträge darauf hingewiesen, daß es nur Präzisierungen sind und ich muß hier zu den Aussagen meiner Vorredner feststellen, daß es um grundsätzliche Einwände und einschneidende Bestimmungen geht. Abg. Nicolodi sagte ja auch, daß er sich aus diesem Grund der Stimme enthalten wird, weil es eben um Grundsätzliches geht und nicht nur um eine Präzisierung. Wenn dies zutrifft, daß es hier um Grundsätzliches geht, müßte man fordern, daß die Landesregierung die Gesetze von vornherein so präzisieren sollte, damit sie so verständlich sind, wie sie sie haben will und dies, bevor sie in die Kommission kommen. Damit dann nicht hier im letzten Augenblick Klauseln eingefügt werden müssen und als Präzisierung erklärt werden, wenn es sich in Wirklichkeit um grundsätzliche Entscheidungen handelt. Wenn ich auch einerseits begrüßen würde, daß hier endlich einmal soviel Geld zur Verfügung stehen wird, um die Elektrifizierung der Berggebiete vorantreiben zu können. Wir haben seit 1972 nichts anders gemacht, als das Gesetz zu ändern und weitere Bestimmungen vorzusehen und dies seit 5 Jahren und immer noch gibt es Weiler und Berggebiete ohne Strom z.B. Windlahn, wo zwar das ORF schon hingekommen ist um einen Film zu drehen, aber die Landesregierung ist dort noch nie hingekommen. Diesen Leuten dort müßte auch Strom hingebraucht werden, damit sie einmal eine Waschmaschine oder Kühltruhe anschaffen könnten.

Dort gibt es also noch keine Stromeinrichtungen, sie haben sich zum Teil selbst geholfen durch kleine stromerzeugende Betriebe, die haben aber keinen Wechselstrom und können deshalb keine Maschinen in Gang setzen. Andererseits wie auch Kollege Nicolodi geäußert hat, muß man sich schon überlegen, ob das etwas Grundsätzliches ist oder nur eine Präzisierung. Denn aus diesen Überlegungen heraus wäre es wünschenswert, wenn dieser Artikel noch einmal in die Kommission zurückgingen.

BENEDIKTER (Assessor für Raumordnung, Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Dieser Zusatz ist nichts anderes als eine Übertragung in den Gesetzestext dessen was im Vorlagebericht steht. Dort wird ausdrücklich gesagt, daß das ENEL, zur Abgabe gezwungen, befunden hat, daß sie sehr gerne abgeben, denn diese 14 Randgebiete in Südtirol sind ja so defizitär, endlich konnten sie diese loswerden. Bis zuletzt hatten sie sich aber dagegen gewehrt. Wir sind dann zur Ansicht gelangt, daß in dem Gesetz der Hinweis darauf enthalten sein muß, daß die hier ersparten Mittel nicht nur zur Elektrifizierung der Berggebiete verwendet werden sollen, sondern auch zur Fortführung der Programme in den ENEL-Randgebieten, die ja zum Teil unterentwickelt sind. Diese fallen an sich nicht unter das Gesetz Nr. 18. Daher der Hinweis, daß diese Mittel auch für die Versorgung nach der Übernahme dieser ENEL-Gebiete verwendet werden müssen.

Dies steht bereits im Vorlage-Bericht, aber wir sind zu der Einsicht gekommen, daß es für die Annahme des Gesetzes günstig ist, wenn im Gesetz selber dieser Hinweis enthalten ist.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento n. 3: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Chi chiede la parola sull'art. 2, così emendato? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

E' stato presentato come emendamento aggiuntivo, sempre da parte degli assessori Mayr, Pasquali e Benedikter, un altro articolo, che è quello relativo all'urgenza e di cui dò lettura.

Art. 3

La presente legge è dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto speciale per la regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino ufficiale della regione.

E' fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della provincia.

Pongo in votazione l'art. 3: approvato all'unanimità.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 29, sì 29. La legge è approvata.

Punto 4) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 266/77: "Istituzione di istituti per l'educazione musicale in lingua tedesca e ladina ed in lingua italiana".

Punkt 4 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 226/77: "Errichtung von Instituten für Musikerziehung in deutscher und ladinischer Sprache und italienischer Sprache".

La parola alla Giunta per la lettura della relazione.

RELLA (Assessore alla pubblica istruzione - DC): L'educazione alla sensibilità artistica ed in special modo la musica ed il canto sono una componente fondamentale per l'evoluzione culturale del giovane e per la formazione e lo sviluppo della sua personalità.

Nel coltivare la musica e il canto si determina un rapporto tra le attività creative e quelle culturali. Alla musica e al canto può essere attribuito un altissimo valore compensativo nel nostro tempo agitato e carico di tensioni. L'educazione della musica e del canto è quindi della massima importanza particolarmente per la gioventù.

Cercheremo ora di illustrare le varie iniziative portate avanti volontariamente dai vari gruppi linguistici, le quali se da una parte hanno cercato di colmare le lacune della legislazione scolastica e gli scarsi programmi scolastici riguardanti la musica, dall'altra parte dimostrano l'interesse della popolazione tutta nei confronti della musica e del canto.

Fin dai tempi remoti sia la musica che il canto sono stati coltivati dalla popolazione di lingua tedesca e ladina. Ancora antecedentemente la I. guerra mondiale s'insegnava nelle scuole elementari e medie la musica e il canto, destando così il piacere per l'arte musicale. Ciò è dimostrato dal grande numero di cori e di bande musicali esistenti in quasi tutte le località, anche piccole, che per le loro prestazioni trovano riconoscimento anche oltre i confini della provincia.

In conseguenza delle carenze della scuola e di cui sopra detto è stato di continuo espresso dalla popolazione tedesca e ladina il desiderio di avere istituzioni che dessero modo, specialmente nei centri minori, di avere una vera educazione musicale. Il "Südtiroler Kulturinstitut", accogliendo queste istanze, ancora nel 1961 ha previsto nel suo programma di attività l'istituzione di corsi di musica, in attesa che il problema venga risolto dagli enti pubblici. Sono sorti così dei corsi di musica a Merano, S. Leonardo in Passiria, Nova Ponente, Silandro, Naturno, Asiago (Bolzano), Ora, Caldaro, Appiano, Bressanone, Vipiteno, Brunico, San Candido, Dobbiaco, S. Leonardo in Badia. In questi corsi, oltre all'insegnamento del canto, viene impartita ai giovani anche l'educazione strumentale nelle seguenti materie: violino, violoncello, contrabbasso, pianoforte-organo, i legni, gli ottoni, flauto dolce, chitarra, solo, strumenti a percussione, solfeggio, Orff-insegnamento elementare, "Hackbrett", musica popolare, cetra, fisarmonica, coro di voci bianche, coro giovanile, musica d'insieme, clarinetto.

Attualmente sono occupati 27 insegnanti di musica con incarico a tempo pieno e con stipendio annuo che assieme con insegnanti con incarico parziale impartiscono l'insegnamento a 3362 alunni. I predetti corsi di musica adempiono vari scopi: da una parte forniscono un'istruzione base di canto e per

l'uso strumentale, dall'altra parte sono adatti per promuovere talenti che potranno poi proseguire presso il Conservatorio statale di musica.

Fino dall'inizio era chiaro che tale attività superava le possibilità finanziarie del "Südtiroler Kulturinstitut" e che quindi poteva trattarsi solo di una soluzione transitoria; era quindi necessario trovare una via per poter garantire la continuità dei corsi.

Anche il gruppo linguistico italiano, pur avendo interessi e tradizioni musicali diversi da quelli del gruppo linguistico tedesco e ladino, ha sentito la mancanza di un'adeguata educazione di canto e di musica nelle scuole. Esiste ad ogni modo un interesse vivo per la musica e ciò lo si nota dalla larga presenza sul territorio di varie istituzioni che ogni anno programmano importanti manifestazioni non solo nei centri più grossi ma anche in periferia. Si hanno alcune esperienze non solo positive ma incoraggianti quale per esempio quella dell'organizzazione di un corso di violino per bambini. Inoltre continuano a costituirsi associazioni che si prefiggono come fine statutario la diffusione della musica.

La soluzione per colmare le carenze da tutti lamentate consiste nella creazione di appositi istituti con il compito di promuovere il canto e la musica attraverso corsi specifici con insegnamento di canto e strumentale, per assicurare la prosecuzione dell'attività iniziata in questo settore e, possibilmente, per svilupparla ulteriormente per venir incontro alle esigenze della popolazione; inoltre dovrebbe essere garantita l'esistenza dei corsi attraverso la concessione di adeguati contributi da parte della Giunta provinciale.

Il disegno di legge ha lo scopo di istituire due Istituti di educazione musicale: uno in lingua tedesca e ladina ed uno in lingua italiana, per raggiungere in questo modo un completamento significativo tra attività culturale privata e finanziamento pubblico.

Ciascun Istituto avrà un proprio statuto; ciò anche per rendere possibile delle modifiche riguardanti anche un solo gruppo linguistico. Così per esempio l'attività dell'Istituto di educazione musicale in lingua tedesca e ladina si estende su quasi tutto il territorio provinciale, mentre quella dell'Istituto in lingua italiana si limiterà su alcuni centri maggiori: si dovrà quindi prevedere un'organizzazione differente per i due Istituti. Lo stesso dicasi delle materie: anche queste dovranno corrispondere alle caratteristiche di ogni singolo gruppo etnico.

Contemporaneamente gli Istituti sono sottoposti ad un certo controllo da parte della Giunta provinciale, che ha la possibilità di indirizzare e sorvegliare l'attività e ciò sia in riguardo all'amministrazione sia anche in merito agli aspetti didattico-pedagogici.

Nell'art. 1 è prevista l'istituzione di un Istituto per l'educazione musicale in lingua tedesca e ladina e di un Istituto per l'educazione musicale in lingua italiana con sede in Bolzano. Questo articolo prevede pure che gli Istituti hanno una gestione autonoma a tutti gli effetti. Contemporaneamente viene stabilito che con la presente legge vengono approvati gli statuti degli Istituti.

L'art. 2 prevede la concessione di contributi agli Istituti per l'educazione musicale.

L'art. 3 fissa le condizioni previste per la concessione dei contributi. Inoltre contiene norme in merito all'approvazione, risp. annullamento del programma annuale di attività e dei bilanci preventivi.

L'art. 4 prevede che in caso di gravi irregolarità la Giunta provinciale potrà disporre lo scioglimento del Consiglio di amministrazione.

L'art. 5 contiene indicazioni e disposizioni riguardanti l'ordinamento del personale, che dovrà essere deliberato dal rispettivo Consiglio di Amministrazione. Detta deliberazione deve essere approvata dalla Giunta provinciale. Inoltre sono fissati in questo articolo i criteri riguardanti il trattamento economico e giuridico del personale, che dev'essere adeguato per quanto riguarda il personale insegnante a quello del personale delle scuole professionali della Provincia e, per quanto riguarda il personale amministrativo, a quello del rispettivo ruolo provinciale.

L'art. 6 contiene norme transitorie e finali, che si riferiscono all'inquadramento del personale già incaricato presso il "Südtiroler Kulturinstitut" nei ruoli dell'Istituto di educazione musicale in lingua tedesca e ladina.

L'art. 7 prevede che fino alla costituzione del Consiglio di amministrazione di ciascun Istituto i compiti dello stesso sono esercitati da un amministratore straordinario nominato dalla Giunta provinciale.

L'art. 8 prevede il finanziamento.

Die musische Erziehung und im besonderen Musik und Gesang sind eine sehr wesentliche Komponente für die Entwicklung des Jugendlichen und zur Formung und Entfaltung seiner Persönlichkeit.

Das aktive Musizieren und Singen beinhalten eine glückliche Art der Verbindung zwischen eigenschöpferischem Tun und kulturellem Wirken. Dem Musizieren und Singen kann auch ein sehr hoher ausgleichender Wert in unserer sehr spannungs- und hastgeladenen Zeit beigemessen werden. Musik- und Gesängerziehung ist daher gerade auch bei der Jugend von größter Bedeutung.

Es werden nun die verschiedenen Vorhaben und Initiativen, die von den einzelnen Volksgruppen auf freiwilliger Basis veranlaßt wurde, aufgezeigt, mit denen einerseits versucht wird, die Lücken der Schulgesetzgebung und die dürftigen Schulprogramme hinsichtlich des Musikunterrichts auszufüllen und die andererseits das Interesse der gesamten Bevölkerung in Belangen des Musizierens und Singens zeigen.

Musik und Gesang wurden von der deutschen und ladinischen Bevölkerung der Provinz von altersher immer sehr gepflegt. Noch vor dem 1. Weltkrieg wurde auch sowohl an den Volks als an den Mittelschulen Gesangs- und Musikunterricht erteilt und somit die Freude am Musizieren geweckt. Dies bezeugt auch die große Anzahl von Chören und Musikkapellen auch außerhalb der Grenzen der Provinz ihrer Leistungen wegen Anerkennung finden.

Da der Musik- und Gesangsunterricht in der Schule nicht genügend berücksichtigt wird, wie oben angeführt, wurde immer wieder bei der deut-

schen und ladinischen Bevölkerung der Wunsch laut, es mögen Einrichtungen geschaffen werden, um, besonders auch in den kleineren Ortschaften, die Möglichkeit der musikalischen Ausbildung zu bieten.

Das Südtiroler Kulturinstitut hat sich dieser Wünsche angenommen und hat bereits im Jahre 1961 die Errichtung von Musikkursen in sein Tätigkeitsprogramm aufgenommen, in der Erwartung, daß von Seiten der amtlichen Behörden das Problem gelöst wird. So wurden in Meran, St. Leonhard in Passeier, Deutschhofen, Schlanders, Naturns, Haslach (Bozen), Auer, Kaltern, Eppan, Brixen, Sterzing, Bruneck, Innichen, Toblach, St. Leonhard im Gadertal solche Musikkurse eingerichtet, in denen neben Gesangsunterricht auch Instrumentalunterricht an Jugendliche in folgenden Fächern erteilt wurde: Violine, Violoncello, Kontrabaß, Klavier, Orgel, Holzblasinstrumente, Blechblasinstrumente, Blockflöte, Gitarre, Sologesang, Schlagzeug, Solfeggio, Orff, Hackbrett, Volksmusik, Zither, Harmonika, Kinderchor, Jugendchor, Blockflötenchor, Klarinetten Trio. Derzeit sind 27 Musiklehrer hauptamtlich mit Vollauftrag und Jahresgehalt beschäftigt, die gemeinsam mit Lehrern mit Teilaufträgen 3362 Schüler unterrichten.

Diese Musikkurse erfüllen verschiedene Zwecke: einerseits ermöglichen sie eine Grundausbildung in Gesang und in der Erlernung eines Instrumentes, andererseits sind sie geeignet, Talente zu fördern, die dann das staatliche Musikkonservatorium besuchen können.

Da dieser Tätigkeitsbereich die finanziellen Möglichkeiten des Südtiroler Kulturinstitutes überschreitet, war es von Anfang an klar, daß es sich bei den vorgenannten Kursen nur um eine Übergangslösung handelte und, daß es notwendig war, einen Weg zu suchen und zu finden, um ein Weiterbestehen der Kurse gewährleisten zu können.

Auch die italienische Sprachgruppe, wenn sie auch ein Musikinteresse und eine Musiktradition aufweist, die verschieden sind von jenen der deutschen und ladinischen Volksgruppe, hat das Fehlen eines geeigneten Gesangs- und Musikunterrichtes in den Schulen als Mangel empfunden. Es besteht auf alle Fälle ein sehr lebendiges Interesse für die Musik. Das kann entnommen werden aus dem Bestehen von zahlreichen Institutionen, die jedes Jahr wichtige Veranstaltungen vorhaben und zwar nicht nur in den größeren Ortschaften, sondern auch in der Peripherie. Es konnten schon einige positive, ja sogar sehr ermutigende Erfahrungen gemacht werden, wie z.B. die Veranstaltung eines Geigenkurses für Kinder. Außerdem entstehen immer wieder neue Vereinigungen, die sich die Verbreitung der Musik zum satzungsmäßigen Ziel setzen.

Die Lösung der Beseitigung der von allen beklagten Mängel besteht in der Errichtung einer eigenen Institution, mit der Aufgabe, das Lied- und Musikgut mittels geeigneter Kurse zu fördern sowie Sing- und Instrumentalunterricht zu erteilen, um die Kontinuität der bereits begonnenen Tätigkeit auf diesem Gebiet sicherzustellen und nach Möglichkeit auszubauen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenzukommen und andererseits durch die Gewährung entsprechender Beiträge durch die Landesregierung den Bestand der Kurse zu gewährleisten.

Der Gesetzesentwurf hat den Zweck, zwei Institute für Musikerziehung zu errichten: eines in deutscher und ladinischer Sprache und eines in italienischer Sprache, um somit eine sinnvolle Ergänzung zwischen privater kultureller Tätigkeit und öffentlicher Finanzierung zu erreichen.

Jedes Institut hat eigene Satzungen; dies auch aus dem Grunde, weil der Fall eintreten wird, daß Änderungen, die nur für eine Volksgruppe notwendig sind, vorgenommen werden müssen. So z.B. erstreckt sich die Tätigkeit des Institutes für Musikerziehung für die deutsche und ladinische Sprachgruppe über das ganze Land, während jene des Institutes für Musikerziehung in italienischer Sprache sich auf einige größere Zentren beschränken wird: die Organisation muß daher notgedrungen verschiedentlich aufgebaut werden. Dasselbe gilt für die Fächer: auch hier sind gemäß Charakter jeder Volksgruppe verschiedene Erfordernisse usw.

Gleichzeitig stehen die Institute dennoch unter einer gewissen Aufsicht der Landesregierung, die die Möglichkeit hat, die Tätigkeit zu lenken und zu überwachen; dies sowohl hinsichtlich Verwaltung als auch der didaktisch-pädagogischen Aspekte.

Im Art. 1 wird festgelegt, daß in Bozen ein Institut für Musikerziehung in deutscher und ladinischer Sprache und ein Institut für Musikerziehung in italienischer Sprache errichtet werden. Dieser Artikel sieht auch vor, daß genannte Institute eine autonome Verwaltung haben. Gleichzeitig wird bestimmt, daß mit diesem Gesetz die Satzungen der Institute genehmigt werden.

Der Art. 2 sieht die Gewährung von Beiträgen an die Institute für Musikerziehung vor.

Der Art. 3 gibt die Bedingungen bekannt, gemäß welchen diese Beitragsleistung erfolgen kann. Desgleichen enthält er Bestimmungen hinsichtlich der Genehmigung, bzw. Annullierung des jährlichen Tätigkeitsprogrammes und der Voranschläge.

Der Art. 4 sieht vor, daß im Falle von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten die Landesregierung die Auflösung des Verwaltungsrates anordnen kann.

Der Art. 5 enthält Hinweise und Bestimmungen über die Personaldienstordnung, die vom Verwaltungsrat beschlossen werden muß. Der diesbezügliche Beschluß ist der Landesregierung zur Genehmigung vorzulegen. Außerdem werden in diesem Artikel die Kriterien hinsichtlich Besoldung und rechtlicher Stellung des Personals festgesetzt und zwar wird geklärt, daß diese jener des Personals der Landesberufsschulen, bzw. des Verwaltungspersonals der Landesregierung angeglichen sind.

Der Art. 6 enthält Übergangs- und Schlußbestimmungen, die sich auf die Übernahme des Personals beziehen, das bisher vom Südtiroler Kulturinstitut beauftragt war und in die Stellenpläne des Institutes übernommen werden soll.

Art. 7 sieht vor, daß bis zur Ernennung des Verwaltungsrates die Aufgaben desselben von einem von der Landesregierung ernannten außerordentlichen Verwalter wahrgenommen werden.

Der Art. 8 sieht die Finanzierung vor.

PRESIDENTE: La parola alla prima Commissione legislativa per la lettura della relazione.

DUBIS (SVP): Die erste Gesetzgebungskommission ist am 24. Juni 1977 zusammengetreten, um über den obgenannten Gesetzentwurf zu beraten.

Der zur Sitzung erschienene zuständige Landesrat Prof. Dr. Anton Zelger, erläuterte auch im Namen des an der Teilnahme der Sitzung verhinderten Landesrates Fabio Rella, Sinn und Zweck dieses Gesetzentwurfes.

Die Kommission genehmigte sodann die Artikel 1 bis 8 sowie die beiliegenden Statute einstimmig. Ferner wurden einige umseitig wiedergegebene Änderungen gutgeheißen.

Der Gesetzentwurf wurde gesamthaltlich einstimmig genehmigt.

La prima Commissione legislativa si è riunita il 24 giugno 1977 per trattare il disegno di legge in oggetto.

L'assessore competente prof. dott. Anton Zelger, intervenuto alla seduta, ha illustrato anche a nome dell'assessore Rella, assente per impedimenti, spirito e finalità del provvedimento legislativo.

La Commissione ha approvato all'unanimità gli artt. dall'1 all'8 compreso nonché gli allegati statuti. Sono state inoltre approvate le modifiche riportate a tergo.

Il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato all'unanimità.

PRESIDENTE: Dichiaro aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? La parola al consigliere Stecher.

STECHER (KPI-PCI): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen! Diese Gesetzesinitiative zur Errichtung von Instituten für Musikerziehung ist auf alle Fälle zu befürworten, wenn wir auch erklären, daß wir mit den beigelegten Statuten nicht einverstanden sind und uns aus diesem Grund zum Artikel 1 der Stimme enthalten. Man muß sich vor Augen halten, daß die deutsche Volksgruppe auf Grund einer Tradition in den deutschsprachigen Ländern schon immer durch verschiedenste Initiativen, teils gute, teils unzureichende, die Musikerziehung gepflegt hat; und zwar sowohl für Kinder als auch für Erwachsene. Dies gilt für das Gebiet des Geganges, z.B. also der Chöre und der Erlernung eines Musikinstrumentes. Diese Initiativen haben zum Teil die Lücken in der italienischen Schulgesetzgebung ausgefüllt, denn diese dürftigen Schulprogramme hinsichtlich des Musikunterrichtes haben sich unweigerlich auch in den Südtiroler Schulen einschränkend gegenüber der eigenen Tradition der Bevölkerung auf diesem Gebiet ausgewirkt. Die Musikurse, die vom Südtiroler Kulturinstitut in den verschiedenen Ortschaften der Provinz abgehalten wurden, haben nur zum Teil diese Lücken in den Volks- und Mittelschulen füllen können. Wenn auch sicherlich in den deutschen Schulen weit mehr Musik gepflegt wurde als in den italienisch-sprachigen Schulen. Nach Jahren guter Erfahrungen und Ergebnisse dieser Kurse des Kulturinstitutes war es richtig, daß die Landes-

verwaltung Maßnahmen ergreift, um den provisorischen Charakter dieser Grundausbildung in Musik zu überwinden, indem ständige Initiativen eingerichtet werden, die mit geeigneten Kriterien ausgestattet und mit wirksamen Strukturen vorgesehen sind. Die in diesem Gesetzesentwurf und im Begleitbericht enthaltenen programmatischen Richtlinien entsprechen vorwiegend traditionellen künstlerischen und didaktischen Kriterien, die sich mehr an die österreichische als an die bundesdeutsche Praxis anlehnen. Man muß sich ständig vergegenwärtigen, daß die Tradition des Volksliedes, was die grundlegende Musikerziehung der Jugend betrifft, immer eine richtige Tradition ist, die zu pflegen und wenn möglich weiter auszubauen ist, indem Volkslieder anderer Nationen und nicht nur aus dem deutschsprachigen Kulturraum zur Kenntnis gebracht werden. Es muß auch gesehen werden, daß die moderne Lehre der Musikerziehung dazu tendiert, ihren Rahmen auszuweiten und moderne Techniken und Methoden anzuwenden, welche vorwiegend auf der Stimulierung bzw. Anreizung der persönlichen Kreativität beruhen und auch Erfahrungen der modernen Musik zur Kenntnis bringen.

Das geschieht vor allem in der Bundesrepublik Deutschland. Aber auch der allgemeine Geschmack entwickelt sich weiter und bleibt nicht ewig gleich, er unterliegt den positiven Einflüssen der bedeutenden Musikerfahrungen aus der Musik unseres Jahrhunderts. Daher auch die Notwendigkeit, die stark traditionalistische Ausrichtung, die in Südtirol bei der Grundausbildung auf musikalischem Gebiet vorherrscht, allmählich auszuweiten.

Es ist zu empfehlen, daß das zukünftige Institut für Musikerziehung, vor allem das deutschsprachige Institut, da dieses mit großem Vorsprung vor dem italienischsprachigen Institut beginnt, das erst vom Punkt Null anfangen muß, einen Erfahrungsaustausch mit den deutschsprachigen Ländern pflegen soll, aber auch mit anderen europäischen Ländern. Weiters ist auch eine enge Zusammenarbeit mit dem staatlichen Musikonservatorium zu empfehlen, wo auch schon einige deutschsprachige Lehrer tätig sind, um einen nützlichen Erfahrungsaustausch zu erreichen und um Jugendliche mit wirklich musikalischem Talent ausfindig machen zu können. Diesen soll dann die höhere musikalische Bildung erleichtert werden, ebenfalls eine wichtige Initiative.

Das italienischsprachige Institut muß seine Arbeit sehr überlegt beginnen; es muß die Lehrer sehr sorgfältig auswählen, dies betrifft ebenso die deutschsprachige Seite, und es muß geeignete Kontakte mit Zentren suchen, die bereits Erfahrungen auf dem Gebiet der Musikerziehung gemacht haben. Man kann sagen, daß es, um die Arbeit der Musikerziehung im italienischsprachigen Institut gut zu beginnen, nützlich und notwendig sein wird, die größere Erfahrung, die auf südtiroler Seite gegeben ist, auszunützen; dies auch durch teilweise oder vollständige Heranziehung von besonders ausgebildeten Lehrern der Musikerziehung. Es soll außerdem erwähnt werden, daß in Trient schon vor einiger Zeit ein Zentrum für Musikerziehung, Soziologie der Musik, geschaffen worden ist. Dieses Zentrum widmet sich hauptsächlich der Ausbildung von Lehrern für die Volksschulen und für

die Musikerziehung in den Mittelschulen. Das Zentrum von Trient hat einen eigenen Sitz und eine Bibliothek und kann dem italienischsprachigen Institut in Bozen somit nützliche Hinweise und Anleitungen geben. Abschließend möchte ich ganz offen sagen, wenn wir hier auch mit dem Gesetz einverstanden sind trotz unserer Bedenken betreffs der Statuten, werden wir für dieses Gesetz stimmen.

Wir hätten es lieber gesehen und richtiger gefunden, ein einziges Institut für Musikerziehung zu schaffen mit zwei vollkommen autonomen Sektionen, nicht wie vorgesehen zwei Institute. Man muß als Begründung festhalten, daß die gesamte Musik von Konservatorium, Konzertverein, Haydn-Orchester, Festival der sakralen Musik etc. immer auf einheitliche Weise organisiert wurde. Wir glauben, daß diese Einheitlichkeit auch in der Musikerziehung einen nützlichen Dienst und Beitrag darstellen kann.

ERSCHBAUMER (SPS): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn auf Vorschlag der SVP der Begleitbericht nicht verlesen wurde und beim vorhergehenden Gesetz Landesrat Benedikter etwas ironisch darauf hingewiesen hat, daß man kaum den Begleitbericht liest, kann ich hier ganz klar sagen, habe ich den kurzen, aber sachlichen und ausführlichen Begleitbericht zu diesem Gesetz als interessant empfunden. In wenigen Worten wird sehr viel gesagt und ich kann feststellen, daß diese 27 Lehrer wirklich große Leistungen vollbracht haben; wenn man die einzelnen Abschlußberichte in der Tagespresse gelesen hat, weiß man ungefähr, was diese alles geleistet haben. Dies wurde bisher vom Südtiroler Kulturinstitut geleitet, das großteils von Spenden lebt, soviel ich weiß. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, wieviel die Landesregierung an Beiträgen gegeben hat. Jedenfalls zum Großteil von Spenden, die Freunde vom In- und Ausland zur Verfügung gestellt haben. Aber ob diese Gelder nun von der öffentlichen Hand oder von privater Seite herkommen einmal müssen sie erarbeitet werden und wenn wir jetzt für das eine Institut 280 Millionen, für das andere 140 Millionen zur Verfügung stellen, dann wissen wir schon ziemlich genau, welche Ausgaben in der Vergangenheit gemacht werden mußten. Mit diesem Gesetz hat dann das Südtiroler Kulturinstitut keinen Einfluß mehr auf diese neu zu schaffende Einrichtung, so sehe ich dies zumindest. Die Wirklichkeit wird natürlich anders aussehen, daß nämlich sicherlich dieselben Leute, also die vom Kulturinstitut, von der Landesregierung vorgeschlagen werden dürften und dieses neue Institut von ihnen geleitet werden wird. Man könnte hier auch Zweifel anmelden. Nachdem die Landesregierung hier so die Hand drauflegen will, also diese private Initiative, die sich bisher so gut bewährt hat, diesen Aufbau und die erreichten Erfolge durch private Initiativen, will die Landesregierung jetzt selber in ihre Krallen nehmen. Vom Südtiroler Kulturinstitut könnte man sagen, daß sie immer eng unter sich geblieben waren, bei nur rund 100 Mitgliedern, kann man das ruhig so sagen.

Es wurde eine große Leistung erbracht, auch in finanzieller Hinsicht mit Stipendien, laut Presseaussendungen waren das rund 600 oder 800

Millionen Lire, aber eigentlich weiß man nicht recht, was da so intern unter diesen 100 Mitgliedern vor sich geht. Wenn ich diesen Gesetzentwurf anschau, läßt sich nirgends erkennen, daß die Landesregierung erst jetzt die Kompetenzen erhalten hätte, dieses Institut zu errichten, im Gegenteil. Sie weist auf das Gesetz Nr. 7 von 1958 hin, was die Finanzen betrifft.

Das würde bedeuten, daß die Finanzierung aufgrund dieses Gesetzes schon lange möglich gewesen wäre. Soweit ich informiert bin, hat sich das Kulturinstitut selber schon seit 5 Jahren oder mehr interessiert daran gezeigt, daß in diesem Zusammenhang die Landesregierung etwas unternimmt.

Es wurde erst jetzt die Initiative ergriffen und ich muß schon sagen, eher scheinheiligerweise am Schluß hinzugefügt, daß es sich nur um eine Übergangslösung handelt. Jetzt, wo es soweit ist, sagt man, war sich schon immer bewußt, daß es sich nur um eine Übergangslösung handelt. Die Möglichkeit zu handeln hätte schon jahrelang bestanden, so sehe ich das, und man hat nichts getan. Meine ganz präzise Frage lautet nun: Seit wann hätte die Landesregierung schon die Kompetenz besessen, dieses Institut zu errichten? Wie Kollege Stecher seine Stimmenthaltung zum 1. Artikel angemeldet hat wegen der Satzungen, habe ich dieselben Überlegungen angestellt, aber ich kann jetzt schon sagen, daß ich, ohne später auf eine Stimmabgaben-Erklärung einzugehen, im Namen der Sozialdemokratischen Partei Südtirols insgesamt diesem Gesetzentwurf zustimmen werde.

MÜLLER (SVP): Herr Präsident, werte Kollegen! Wenn wir heute unsere südtiroler Musikkapellen in ihrer Zusammensetzung betrachten, müssen wir feststellen, daß wir in diesen Reihen sehr, sehr viele Jugendliche haben. Das ist wohl die Frucht und das Ergebnis dieser Musikkurse, die nun über 16 Jahre in vorbildlicher und lobenswertester Weise auf dem Sektor der Musikerziehung für die Jugend gearbeitet haben. Wenn wir im Bericht sehen, daß seit Jahren 17 derartige Musikkurse in vielen Orten unseres Landes bestehen, dann ist dies ein Zeichen, daß diese Institution wirklich von der Bevölkerung getragen wird und auch sehr begrüßt wird; dies bestätigt auch die Zahl von über 3000 Schülern, die die Musikkurse besuchen. Ich möchte mich jetzt nicht mehr lange über dieses Gesetz auslassen, aber auch im Namen der SVP-Fraktion möchte ich vorbringen, daß diesen 27 Musiklehrern aufrichtiger Dank gebührt. Dafür, daß sie in einem Provisorium ohne rechtliche Sicherstellung und ohne gleich zu Gewerkschaften zu laufen oder in die Presse zu gehen, still ihren Dienst versehen haben, im Interesse des Musiklebens in unserem Land. Es ist wirklich zu begrüßen, daß diese und alle zukünftigen Lehrer nun auch eine rechtliche und wirtschaftliche Sicherstellung in Zukunft mit diesem Gesetz haben werden. Deshalb ist es sicher am Platz, heute hier diesen Professoren und Professorinnen einen Dank für ihre beispielgebende Haltung abzustatten. Abschließend möchte ich hiermit die Ja-Stimme der Fraktion der Südtiroler Volkspartei ankündigen.

SFONDRINI (PSI): Prendo la parola per dire che in linea di massima

siamo favorevoli a questo disegno di legge, soprattutto per le finalità che esso si propone. Credo che gli effetti di una certa attività musicale, per chi è un vecchio cittadino della provincia di Bolzano, venivano dedicate alcune ore alla settimana all'insegnamento musicale, anche nelle scuole di lingua italiana. Era un'attività non solamente ricreativa, ma indubbiamente di carattere educativo importante. Poi, questa attività è cessata, mentre sembra che il gruppo linguistico tedesco l'abbia continuata attraverso proprie iniziative.

I contenuti di questo disegno di legge sono indubbiamente da approvare, mentre per quanto riguarda la parte operativa, istitutiva, ci sono due situazioni. Una, che è quella relativa al gruppo di lingua tedesca, che in sostanza legittima l'esistenza di questa attività, attraverso il "Kulturinstitut"; ne sistema il personal, perchè nella legge sono contenuti dei precisi obblighi per la sistemazione del personale, mentre il gruppo linguistico italiano è ancora all'anno zero.

Cioè, si tratta di incominciare a creare le strutture per iniziare questa attività, che ritengo importante. Solo c'è ancora una questione ed è che non si capisce bene se queste istituzioni debbano avere un carattere privato o semi-pubblico. Privato, in quanto è sì la Giunta che nomina i consigli di amministrazione ecc., però questa istituzione ha una gestione autonoma ed ottiene dei contributi dalla Giunta provinciale. Non è che la Giunta provinciale si assuma l'onere della gestione per intero. Almeno, dal disegno di legge e dalla relazione ciò non appare. Quindi, si tratta di un tipo di gestione promiscua: dipendente in larga parte dall'ente pubblico, però con gestione autonoma, sia dal punto di vista amministrativo, quanto dal punto di vista operativo ed organizzativo. Quindi, c'è tutto un giudizio da dare e da definire. Siamo in sostanza di fronte a qualche cosa che esiste già e che funziona già, sulla cui attività potremo dare i nostri diversi giudizi negativi o positivi. D'altra parte si tratta di vedere come verrà fatto crescere e come verrà gestito l'istituto di lingua italiana. Se verrà gestito solamente con il concetto di un istituto che è emanazione diretta della maggioranza, oppure se avrà le caratteristiche più vicine a quello, che potrebbe essere un'attività con gestione pubblica e quindi con la partecipazione dei più ampi strati della popolazione, così che abbia invece una caratteristica accentuata sul piano della gestione pubblica.

Quindi, noi diamo soprattutto un voto favorevole per quanto riguarda le finalità, che si vuole raggiungere attraverso questo disegno di legge. Abbiamo il diritto di riservarci il giudizio, su come verrà fatto nascere e crescerà questo istituto, affinché non diventi un carrozzone musicale. Quindi, su questo non crediamo di dover esprimere delle riserve, ma di dover attendere e di pretendere, soprattutto nelle prime fasi in cui si andrà a costruire questa struttura, delle informazioni in modo che non si sia completamente tagliati fuori dalle istituzioni e dall'inizio dell'attività, perchè tutto dipende anche dal modo in cui all'inizio viene impostata una struttura di questo genere, che, secondo noi, dovrebbe comunque

avere proprio per le finalità che persegue delle caratteristiche di istituto pubblico, proprio perchè è sovvenzionato, nella misura maggiore possibile, dalla Giunta provinciale, al punto tale che qui dentro per quanto riguarda il personale operante presso il Kulturinstitut si dettano delle norme sul trattamento normativo del personale. Quindi si impongono per la gestione del personale determinate direttive ed è chiaro che quando si impongono delle direttive, sul trattamento economico e normativo del personale, indubbiamente poi si assumono anche i relativi oneri. Perchè non credo che questo istituto abbia grandi possibilità di autofinanziamento, quindi, in sostanza, saranno due attività e due istituti, che saranno a carico della Provincia.

JENNY (SFP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ganz kurz ein Beitrag zu diesem Gesetz. Ich möchte gleich vorweg sagen: Uns erscheint es unsinnig, hier zwei Institute zu schaffen, das ist wieder so eine typische politische Erfindung. Es ergibt eine Erhöhung der Kosten und ist überhaupt nicht sehr rationell gedacht. Im Bereich der Musikerziehung hätte man ein Beispiel geben können, was Autonomie im positiven Sinn bedeutet. Warum muß man in der Musikerziehung zwei politisch gewollte Abteilungen machen, wobei die Vermischung vom Ladinischen und Deutschen auch vom Sprachlichen her vollkommen unsinnig ist.

Es ist nicht logisch, das Ladinische ist keine germanische Sprache, wenn man es so sieht. Dann hätte man richtigerweise ein Institut mit drei Sektionen machen müssen. Denn die Tradition der Ladinier ist nicht identisch mit der deutschen und noch weniger die Tradition der Italiener weder mit der deutschen noch der ladinischen.

Man hat hier etwas gewollt, das absolut gegen den Geist der Autonomie oder der autonomen Entwicklung der Provinz verstößt. Im Bereich der Musik kann man nicht einmal jene Vorwände der Entnationalisierung zitieren, denn wenn man Beethoven oder Dvorak liebt, erklärt man sich damit nicht zur deutschen oder tschechischen Volksgruppe zugehörig. Das ist Unsinn und Barbarei!

Ich werde mich deshalb der Stimme enthalten. Man kann die Musikerziehung als richtig bezeichnen; ich glaube, da ist sehr viel nachzuholen. Es ist auch mit Recht gesagt worden, daß die italienische Volksgruppe durch ihre vielfältige Zusammensetzung hier in der Provinz besonders benachteiligt ist und nachhinkt. Das alles kann man akzeptieren und richtig finden. Aber ich weigere mich aus logischen Vernunftsgründen und auch aus einer gewissen Perspektive, aus der wir angeblich alle operieren, ich weigere mich, hier zwei Institute zu schaffen mit unnötigen Verteuerungen, unnötigem bürokratischen Überbau, ohne eine klare Notwendigkeit. Hier hat man wie immer politische Initiativen für kulturelle Ziele verwendet. Dies ist meiner Ansicht nach grundfalsch.

Wenn es um die Sachleistung geht, d.h. die Musikerziehung für unsere Jugend, so müssen rein nationale Zwecke hier zurückstehen. Es ist kein Schaden, wenn ein deutsches Kind einmal ein italienisches Volkslied lernt

und umgekehrt oder wenn man ladinische Töne hört. Die gewollte Trennung zwischen Ladinern, Deutschen und Italienern ist absolut absurd, bereits vom Sprachlichen her und kann daher nur ein Politikum sein. Hoffentlich meldet sich auch der Ladin zu Wort. Dies ist auch eine Unterordnung der Ladin. Denen steht meiner Meinung nach eine eigene Sektion zu. Aus grundsätzlichen Überlegungen, ist es eine separate Volksgruppe, die mit der deutschen Volksgruppe manchmal politische Einigkeit, aber sprachlich, kulturell und traditionell eine ganz andere Ausrichtung hat.

Sie sind nicht identisch mit der deutschen Volksgruppe und waren es nie. Ich sage es noch einmal, ich finde es falsch, daß man hier zwei getrennte Institute schafft, es würde auch der Bürger nicht verstehen. Außer man macht eben Politik damit. Ich erinnere mich an einen Chor im Unterland, der sehr schön deutsche Lieder gesungen hat und nachdem ich die Leute kannte, erinnerte ich mich, daß diese Leute gar nicht deutsch können. Und als ich sie fragte, ob sie das verstünden, was sie da gesungen hatten, verneinten sie das. Dies war also eine Initiative, sicherlich ganz schön gedacht, politisch gewollt, derzufolge man Leuten, die überhaupt nicht deutsch konnten, deutsche Volkslieder beigebracht hat. Ob so etwas auf die Dauer ein Positivum darstellt, wage ich zu bezweifeln. Zuerst hätte man ihnen deutsch beibringen sollen, bevor man solche Scheininitiativen ergreift.

Ich wiederhole also nochmals, was hier gemacht wird, ist ein Politikum, weder im Sinne der Musikerziehung noch im Sinne der Rationalität vertretbar und ich werde mich im Namen der Sozialen Fortschrittspartei einfach der Stimme enthalten aus der Erkenntnis heraus, daß alle Gesetze, die bei uns gemacht werden, nicht so sehr der Sache als vielmehr einem politischen Zweck dienen sollen. Aber es gibt Überlegungen, die man als rationell denkender Mensch nicht diesen Zwecken unterordnen kann.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, signori colleghi, mi pare che l'iniziativa in sè meriti attenzione, però obbedisce alla logica della separazione etnica, una logica che purtroppo noi non abbiamo mai condiviso e non condividiamo, soprattutto in questo settore, dove abbiamo esperienza dai risultati, che abbiamo ottenuto attraverso il conservatorio di musica, abbiamo un'esperienza formidabile, che lo sviluppo culturale e lo sviluppo proprio della maturità in campo artistico, così elevato, qual è quello della musica, si è ottenuta in un unico istituto, fondendo le esigenze dei gruppi linguistici e consentendo ai giovani dei due gruppi, anzi dei tre gruppi, di fare la propria attività senza che ne venisse minimamente inficiata l'educazione, lo sviluppo culturale inteso come sviluppo della propria personalità appartenente ad un determinato gruppo linguistico.

Quindi, la formazione di questi due istituti musicali, di cui poi tra il resto non si dice dove avranno sede e non si comprende ancora esattamente dove faranno capo e di cui si accenna solo vagamente ad un comitato artistico, che dovrà stabilire programmi e varie iniziative, mi domando se proprio era il caso di costituire due enti di cui uno poi assorbe pra-

ticamente quello, che riguarda il gruppo di lingua ladina, perchè mi potrete dire tante belle parole, ma certamente il gruppo di lingua ladina, che viene inserito, secondo la suddivisione, che praticamente è attuata nella distribuzione delle competenze in seno alla Giunta, il gruppo ladino viene praticamente fagocitato ed assorbito dal gruppo di lingua tedesca.

Si possono fare ed esprimere tante belle parole. Certamente sono tutte iniziative, che porteranno ad uno sviluppo di attività e ad una crescita culturale, ma non porteranno, secondo me, a quella integrazione dei gruppi qui conviventi, che deve sempre costituire a mio modo di vedere il fine ultimo, per cui noi operiamo in sede politica. E' vero che all'art. h) delle competenze del comitato artistico si dice che scambiare esperienze ed iniziative in seduta congiunta con il comitato artistico dell'istituto per l'educazione musicale in lingua tedesca e ladina, per quello italiano è viceversa, ma questa collaborazione trova il punto d'incontro in questo scambio di vedute. Penso che a maggior ragione, proprio per questo motivo, penso che potremmo trovare la forma di scambiare esperienze addirittura tra i giovani, inserendoli in questa attività comune, avvicinandoli proprio per uno degli esempi citato anche poco fa dal dott. Jenny.

Oltretutto, potrebbe servire loro come motivo di scambio, di conoscenza, di perfezionamento nella lingua che essi parlano, nella loro lingua materna e nella seconda o terza lingua addirittura. E sono convinto che i costi di tutta questa iniziativa, di tutta questa attività potrebbero essere certamente inferiori se si potesse attuare un istituto unico. Per quanto riguarda poi l'iniziativa in sé stessa, le affermazioni sono piuttosto generiche; approviamo certamente lo spirito con cui è stata fatta la relazione e le parole con cui ci viene documentata l'esigenza, soprattutto in questa provincia di antica tradizione musicale, ci viene proposta questa iniziativa. Però, io riterrei anche che a questa iniziativa fossero associate tutte le scuole. Perchè non deve diventare soltanto un'iniziativa frequentata da pochi elementi. Purtroppo, è nel campo scolastico, che si notano carenze pesanti, proprio in questo settore di educazione musicale ed artistica. Quindi, questi istituti dovrebbero sviluppare la loro attività in stretta collaborazione in tutte le scuole di ogni ordine e grado. Mi fermo a queste modeste osservazioni, ma l'osservazione di fondo, che anche per me costituisce motivo di perplessità, per cui certamente non voterò a favore, ma mi asterrò dalla votazione, perchè pur ritenendo l'iniziativa un'iniziativa valida, obbedisce alla logica della separazione etnica ed io questo non lo posso accettare.

PRESIDENTE: Anch'io a nome del partito che rappresento debbo dire che l'iniziativa va indubbiamente condivisa sul piano culturale, sul piano formativo. Io, nella mia lunga carriera scolastica ho sempre cercato nei limiti del possibile, senza aver strutture, senza avere mezzi od altro, di favorire in tutti i modi quella che è l'educazione musicale, attraverso sia il canto che l'uso di strumenti vari, naturalmente secondo le possibilità, perchè erano sempre lasciate all'iniziativa individuale dell'inse-

gnante ed alla sua capacità, sia l'uso dello strumento, quanto l'educazione canora. Ma, sono fattori importantissimi ai fini di una formazione integrale delle coscienze degli alunni e quindi non posso che approvarla, sotto questo punto di vista. Non voglio fare assolutamente processi alle intenzioni per quanto riguarda l'istituto di lingua italiana, che penso che deve nascere dal nulla e proprio per questo avrebbe tutti i presupposti e le intenzioni di nascere bene e di crescere meglio, proprio perchè si tratta di una nuova iniziativa, che non ha precedenti e quindi non ha base ed ossatura.

Una parola, che non vorrebbe assolutamente infirmare il discorso fatto dal dottor Jenny e dall'ing. Mitolo, ma sento il dovere di farla: se sul piano teorico i loro discorsi si possono accogliere ed accettare, bisogna dire che questi sono discorsi da me fatti già vent'anni fa.

Lo confesso sinceramente e chi vuole andare a leggere i verbali del 1952, 1953, 1954 e 1955, vedrà che già allora noi sostenevamo la tesi dell'unità della scuola a tutti gli effetti ed a tutti i fini, anche ai fini di quell'integrazione auspicata po' anzi dal consigliere Mitolo.

Oggi, questi discorsi non mi sento più di farli, perchè li ritengo utopistici ed anacronistici con quella che è la realtà effettiva della situazione in Alto Adige. Accetto la situazione come sta e giace, la prendo per buona ed approvo l'iniziativa, quindi dò il mio voto favorevole.

ZELGER (Assessor für Schule und Kultur - SVP): Ich möchte gleich sagen, daß gegen die Gesetzesvorlage nicht viel einzuwenden ist, es ist sogar die Opposition im Großen und Ganzen einverstanden. Über die Wichtigkeit der musischen Bildung brauchen wir uns hier wohl nicht neuerdings Rechenschaft zu geben. In unserer von der Technik geprägten Zeit ist musische Bildung sicher vorrangig wichtig und dabei ist es wiederum Gesang und Musik, die wesentlich zur Formung der Gesamtpersönlichkeit eines Menschen beitragen.

Unter diesem Aspekt gesehen, tun wir sicher gut daran, eine Situation zu sanieren, die sich aus einer guten Tradition heraus, zumindest betrifft dies die deutsche und die ladinische Volksgruppe, herauskristallisiert hat. Das ist gerade der Kernpunkt, daß man eine Situation sanieren möchte, die in diesem Fall aus einer Privatinitiative kommend gut geheißen wurde, das hat auch die Opposition zugegeben. Es hat mich gefreut, daß man auch einmal von der Linksoption eine solche Privatinitiative anerkennt, und auch, daß man diese Privatinitiative sanieren muß. Dies sowohl hinsichtlich der juristischen Position der Lehrerschaft wie auch hinsichtlich der finanziellen Lage. Man hat hier nach längeren Überlegungen eine Formel gefunden, die ungefähr dem entspricht, was wir hier schon mit Gesetz gutgeheißen haben, wenn man von der RAS, dem ladinischen Kulturinstitut, vom Volkskundemuseum oder wie vor einem Jahr in diesem Raum vom Haydn-Orchester gesprochen hat, das wir eben auch finanziell absichern wollten. Das alles sind Institutionen, die in irgend einer Form ihren privaten Charakter weiterhin behalten sollen, weil wir überzeugt sind, daß

gerade durch die Privatinitiative auf diesem Sektor der kulturellen Tätigkeit im weitesten Sinne des Wortes viel geleistet wurde und man hier nicht so sehr mit Gesetzen hineindiktieren soll, sondern weiterhin dieser Privatinitiative helfen soll, sie zu fördern und mitzutragen. Wenn man die Formulierungen hier in den genannten Institutionen ansieht, erkennt man, daß es im Großen und Ganzen dieselben Formulierungen sind. Es geht hier also um eine Sanierung und ich bin dem Landtag dankbar, daß wir heute diese Sanierung vornehmen, denn es geht hier um einen Bildungsfaktor, der für unsere Jugend in der heutigen Zeit wohl mehr als wichtig ist.

Weiteres möchte ich einige Antworten zu einzelnen geäußerten Gesichtspunkten geben. Ich bin dem Kollegen Stecher dankbar für seine Ausführungen, die nicht nur diesen Sektor betroffen haben, sondern die mir über seinen Parteikollegen Senator Mascagni sehr bekannt sind und der immer für diese Initiativen sehr viel übrig hat. Auch Ihre Ausführungen, Herr Kollege Stecher, waren in diese Richtung gesprochen und haben das gesamte Musikleben in unserer Provinz mit einbezogen und es freut mich auch zu hören, daß Sie dieser Initiative Ihre Stimme geben, wenn Sie auch mit den Statuten nicht in Allem einverstanden sein können.

Aber immerhin konnte ich daraus ersehen, daß Sie und Ihre Partei diesem Tätigkeitsbereich doch auch eine entsprechende Bedeutung beimessen.

Herr Kollege Erschbaumer wollte ein paar Antworten haben, z.B. wieviel an Beiträgen gegeben wurde. Also kurz gesagt, voriges Jahr wurden 150 Millionen in der Bilanz, die Ihnen zugeschickt wurde, aufgeworfen; das ist selbstverständlich ein Betrag, der bei Weitem nicht hinreicht, um das Unternehmen zu finanzieren. Denn beim heutigen Stand der Dinge kosten diese Kurse, die das Südtiroler Kulturinstitut abwickelt, rund 326 Millionen Lire, worin Gehälter und Mieten etc. inbegriffen sind.

Diese 150 Millionen des Vorjahres konnten daher nur ein sehr guter Beitrag sein, der Rest wurde teils als Kursgebühren der Schüler eingehoben, teils sind Spenden aus hiesigen Bankinstituten oder Spendenförderungen aus dem deutschen Kulturraum dem Kulturinstitut zugeflossen. Sie befürchten außerdem, wenn ich das richtig verstanden habe, daß dieselben Leute, die bisher das Kulturinstitut so gut getragen haben, dieselben sein könnten, die vom Gesetz für das neue Institut vorgesehen werden.

Denn das Kulturinstitut als Institution scheidet aus. Ich kann Sie in dem Sinn beruhigen, daß es sicher nicht all dieselben Leute sein werden, obwohl man ja froh sein müßte, denn sie haben es ja gut gemacht, auch nach Ihren eigenen Aussage, aber einige werden es wohl sein, andere wird man neu dazunehmen müssen.

Auch zu der präzisen Frage an mich, ob man denn nicht schon viel früher diese Sanierung hätte vornehmen können, seit wann das möglich gewesen wäre, kann ich Ihnen sagen, es wäre seit Bestehen des ersten Autonomiestatus, also seit 1958 möglich gewesen. Mit den Durchführungsbestimmungen zum neuen Statut ist es erleichtert worden aber es wäre auch früher möglich gewesen. Ich werde Ihnen auch die Frage beantworten, warum man es denn nicht früher gemacht hat. Es ist ganz einfach, man hat einmal eine

Initiative ergriffen, hat sie aufgebaut und ausgebaut und wollte eine Bewährung abwarten, ob so etwas als ständige Einrichtung überhaupt bestehen kann und erst als man das gesehen hat, und als man in der Lage war, über einen fixen Lehrkörper zu verfügen, der auch entsprechend ausgebildet ist, ist man an die Absicherung dieses Lehrkörpers gegangen. Denn wenn man schon Leute in eine Art Stammrolle bringt, müssen auch die Voraussetzungen gegeben sein, daß dieses neugeborene Kind auch wächst und besteht. Das waren die Gründe, aber ich möchte gar nicht hinter dem Berg halten, daß auch Gründe eine Rolle gespielt haben, daß es nicht gleich geklärt war, ob man das Ganze weiterhin als eine autonome, vom Landesausschuß nur überwachte Institution errichten soll oder ob es eine völlig eigene Institution des Landesausschusses werden sollte. Man hat sich für die erste Formel entschieden, weil man der Meinung war, daß hier die Privatinitiative nur Gutes bewirken kann.

Kollege Sfondrini hätte gerne ein öffentliches Institut gesehen, dies liegt auch mehr in der Auffassung seiner Partei, mit anderen Worten etwas, das der Landesausschuß selbst trägt, finanziert, ausrichtet, normt, dirigiert, wie er will. Ich bin nun ein Gegner und bleibe es, in kulturellen Belangen das Subsidiaritätsprinzip nicht anzuerkennen. Denn ich wiederhole es noch einmal, meiner Meinung nach ist auf kulturellem Gebiet die Privatinitiative sicher das Richtige und das Land soll fördern, soll auch Anregungen geben, niemals aber Normen und niemals dirigieren, denn sonst gehen wir in eine Richtung, die wohl nicht die allerbeste ist. Kollege Sfondrini spricht auch seine Zweifel aus bezüglich dieser Initiative, die für die italienische Sprachgruppe neu ist. Ich stelle mir vor, wenn auf diesem Sektor bisher nichts oder nicht allzu viel geschehen ist, die italienische Sprachgruppe für diese Initiative wie für alles, was Musik betrifft, sehr empfänglich wäre und daß sie auch hier einen Wirkungsbereich für Weiterbildung der Persönlichkeitsbildung sieht, der nicht zu vernachlässigen sein wird. Wie die italienische Sprachgruppe nun ihr Institut ausrichtet, das sollen ureigenste Dinge der italienischen Sprachgruppe sein.

Damit komme ich auch zur Antwort für die Kollegen Henny und Mitolo, die nur in diesem Fall identische Erwartungen angestellt haben, die wissen wollten, warum man zwei Institute schaffen will, warum nicht nur eines? Also nur eines mit verschiedenen Sektionen. Es liegt sicher in einer gewissen Logik, Kollege Jenny, für die Ladinier ein eigenes Institut zu errichten, aber es wäre doch wohl etwas zu weit gegangen.

Was die sprachliche Betreuung der Ladinier betrifft, muß man sagen, daß ja Musikkurse in ladinischer Sprache abgehalten werden, soweit die Ladinier überhaupt selbst die Lehrkräfte haben, die wirklich ausgebildet sind, diesen Unterricht in ladinischer Sprache abzuwickeln - sagen wir es ruhig - denn sonst wird man notgedrungen auf deutsche Lehrkräfte zurückgreifen.

Aber die Trennung der beiden Institute - deutsches und ladinisches einerseits und italienisches andererseits - dazu möchte ich zitieren; im

Text heißt es: Der Landesausschuß kann jederzeit auch das Statut, nachdem es vom Verwaltungsrat entsprechend abgeändert ist, ebenfalls abändern.

Warum hat man dies hineingegeben? Weil man von vornherein der Meinung war, daß die beiden Institute auch verschiedene Aufgaben haben. Denn ich glaube, daß unsere deutsche Volksgruppe und in diesem Fall die Ladiner mit uns, auf musikalischer, gesanglicher Ebene so ziemlich dieselbe Tradition haben und spielen beispielsweise auch mit denselben Instrumenten. Man kann doch sagen, daß bei uns z.B. Hackbrett und Zither zuhause sind, um nur einige Instrumente zu nennen, und wir doch sehr daran interessiert sind, gerade die Volksmusik zu pflegen, die Hausmusik, und genau hier gehören auch ganz bestimmte Instrumente herein, wobei ich sicher nicht das Hauptgewicht darauf legen möchte. Hingegen hat die italienische Sprachgruppe vielleicht wieder andere Bedürfnisse, gerade im Ausbildungsgang zur Musik. Schon aus diesen Erwägungen heraus hat man die beiden Institute getrennt und das ist wirklich kein Politikum, sondern es sind nur Überlegungen zum besseren Funktionieren der Grundlage. Ich möchte damit wirklich ablehnen, wenn man sagt, da wollte man wieder einmal unbedingt alles politisch trennen und zerreißen. Hier sind rein praktische Überlegungen Pate gestanden und auch im Paragraph 7 des Statuts, ich zitiere es weiter nicht, denn Kollege Mitolo hat es bereits getan, steht drin, daß ein gegenseitiger Austausch an Meinungen und Erfahrungen stattfinden soll, was aus meiner Sicht völlig richtig ist. Zu dem, was Kollege Mitolo hier bezüglich auf volkliche Trennungen gemeint hat, brauche ich wohl nichts hinzuzufügen, denn hier hat der Präsident des Landtages schon geantwortet und dem kann ich mich nur anschließen. Es wurde auch die Angst geäußert, daß die Ladiner, weil sie mit den Deutschen in einem Institut zusammengeschlossen sind, Gefahr liefen, von den Deutschen absorbiert zu werden.

Ich kann mir das wirklich nicht vorstellen, denn die Absorbierung liegt immer in der Sprache und hier geht es nicht so primär um die Sprache. Eine Volksgruppe kann ich dann absorbieren, wenn ich sie sprachlich livelliere und nicht als eigene Volksgruppe die doch schon längst, schon im alten Österreich, also als wir alle noch lange, lange nicht diese Bänke drückten, existiert. Daß das Deutsche ist gar nicht imstande, das Ladinische zu absorbieren. Weiters will ich hier gar nichts daraus folgern, denn ich könnte schon etwas daraus schließen. Jedenfalls kommt die Gefahr für das Ladinische sicher nicht vom Deutschen her, das ist ganz klar. Und ich sehe auch hier in diesem Fall keinerlei Überrumpelung der Ladiner, zumal sie auch ihre Vertreter in den Gremien überall haben.

Summa summarum möchte ich noch einmal meiner Genugtuung Ausdruck verleihen, daß man mit wenigen Abstrichen diese Initiative begrüßt, daß man einige Einwände über den Aufbau geäußert hat, aber sonst alle der Meinung sind, daß es für die Persönlichkeitsbildung unserer Jugend wichtig ist.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato a maggioranza con 2 a-

stensioni.

Signori consiglieri, dò ora lettura della lettera, che mi è giunta un momento fa, da parte del gruppo della Democrazia Cristiana, che dice: "Signor Presidente del Consiglio provinciale, il gruppo della Democrazia cristiana comunica, che a partire dalla data della presente comunicazione, rivestirà l'incarico di capogruppo, l'assessore avv. Armando Bertorelle. Pertanto, sempre dalla stessa data, cessa dall'incarico l'assessore Fabio Rella". Seguono tutte le firme dei consiglieri di questo gruppo. Non posso far altro che prendere nota di quanto contenuto in questa lettera, ringraziare l'assessore Rella per la sua collaborazione e fare i migliori auguri al nuovo capogruppo, avv. Bertorelle.

Il Consiglio provinciale, continua con la discussione articolata domattina, con inizio alle ore 9.30. La seduta è tolta.

ORE 12.50 UHR